

# Jahresbericht des BdB e.V. 2018

## Einleitung

Politisch begann das Jahr mit großer Ungewissheit. Die Bundesregierung war noch nicht gebildet, so dass wir bis in den Frühling hinein politische Stagnation ertragen mussten, weil die Ansprechpartner fehlten und es keine verbindlichen Aussagen zur Zukunft der Betreuung gab.

Leider hatte sich die Haltung der Bundesländer zeitweise deutlich verschärft. Die ablehnende Front der Länder gegen eine sofortige Vergütungserhöhung erreichte ihren Höhepunkt im Juni. Da versagten die Justizminister/innen auf ihrer Konferenz dem Berufsstand jegliche Anerkennung mit ihrem Beschluss: „Betreuung kann jeder“.

Wir haben dagegen gehalten und uns das nicht bieten lassen. Nicht zuletzt geht es immer um das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Unterstützungsbedarf. Den ersten Spatenstich für unsere Kampagne „Baustelle Betreuung“ setzten wir auf der BdB-Jahrestagung. Warnwesten, Fahnen und Spaten reisten zu den Protestaktionen vor den Konferenzen der Justizminister/innen und zu den Tagen der offenen Tür. Ab Herbst haben wir unsere Mitglieder aufgefordert, ihre Büro-Türen für Bürger, Politiker und Journalisten zu öffnen. Nach unserem Aufruf „Betreuung kann jeder. Oder nicht? Schicken Sie uns Ihre anonymen Fallbeschreibungen“ erreichten uns in kürzester Zeit 333 Fallbeschreibungen. Die knackige Lektüre übergab eine fast 100-Menschen starke BdB-Delegation zusammen mit unserer Forderung nach einer sofortigen Vergütungserhöhung dem Vorsitzenden der Justizministerkonferenz Dieter Lauinger (B90/Die Grünen) im November in Berlin.

Parallel startete im Herbst der Reformprozess für das Betreuungswesen im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) in Berlin. Der BdB arbeitet in drei der vier Arbeitsgruppen mit. Zumindest in diesem Mikrokosmos wird sehr konstruktiv und offen diskutiert. Das BMJV erlebten die Vertreter des BdB in den Arbeitsgruppen als Motor des Reformprozesses. Natürlich auch in Sachen Vergütungserhöhung.

Intern stellt sich der Verband ebenfalls den Herausforderungen der Zukunft. Im Januar haben Vorstand und Geschäftsstelle einen Strategie-Prozess gestartet. Die beiden Workshops zu unseren Stakeholdern (Anspruchsgruppen) sowie Vision und Mission des Verbandes bilden die Grundlage für ein neues Kommunikationskonzept. Die Ergebnisse sind außerdem Basis für eine Neuausrichtung des BdB. Diese ist erforderlich, da altersbedingt in den kommenden Jahren immer mehr Mitglieder ausscheiden werden. Der Verband braucht neue Mitglieder. Diesen Veränderungsprozess werden wir auch in diesem Jahr kräftig vorantreiben.

Ein Beispiel für das Betreten von Neuland ist das aktive Nutzen von Twitter. Auf diesem viel schnelleren Kommunikationskanal haben sich überraschende Kontakte und Dialoge ergeben. Die Zahl unserer Follower steigt stetig. Wir erreichen so viel mehr und andere Menschen als bisher. Viel Aufmerksamkeit forderte auch die Europäische Datenschutzgrundverordnung. Wir haben den Verband und unsere Mitglieder fit für die neuen Vorschriften gemacht.

Und noch ein Umbruch hat uns im letzten Jahr beschäftigt: Das ipb hat mit Iris Peymann eine neue Geschäftsführerin, der es gelungen ist, das Institut wirtschaftlich zu konsolidieren und eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen.

Wir hoffen, mit unseren Mitgliedern in 2019 nicht nur unser 25-jähriges Jubiläum zu feiern, sondern hoffentlich auch noch die (erste) Vergütungserhöhung seit vierzehn Jahren!

Herzlich,

Dr. Harald Freter  
BdB-Geschäftsführer

## Politisch kämpfen

Die Qualitäts- und Reformdiskussion ist 2018 deutlich in Bewegung geraten. Seit Jahresbeginn liegen die Ergebnisse zweier großer Studien des BMJV zur Qualität in der rechtlichen Betreuung bzw. zur Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes vor. Der aktuelle Koalitionsvertrag enthält Aussagen zu einer Reform

der Betreuung und insbesondere einer „zeitnahen“ Vergütungserhöhung. Das Jahr 2018 war davon geprägt, die Ergebnisse dieser Studien zu interpretieren, reformpolitische Konsequenzen daraus zu ziehen und den Reformprozess aktiv zu gestalten. Die beiden vorgelegten Studien zeigen auf unterschiedliche Weise, wie prekär die Situation im Betreuungswesen ist. Auch wenn der BdB einige Ergebnisse der Studie kritisch betrachtet – grundsätzlich bildet das Forschungsvorhaben wichtige Inhalte rechtlicher Betreuung ab, offeriert ein dezidiertes Bild aller betreuungsrelevanten Akteure und nimmt wesentliche Qualitätsaspekte in den Blick. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse formulierte der BdB kurzfristige und langfristige Forderungen. Die Wichtigsten sind dabei:

### Sofortforderungen

- Erhöhung der Stundensätze um 25 Prozent: Die Vergütung muss in der obersten Vergütungsstufe von 44 auf 55 Euro pro Stunde angehoben werden, die anderen Vergütungsstufen entsprechend.
- Erhöhung der Stundensätze um 24 Prozent: von derzeit durchschnittlich 3,3 abrechenbaren Stunden auf 4,1.
- Einheitliche Eignungskriterien: Einheitliche Eignungskriterien müssen übergangsweise gesetzlich festgelegt werden.

### Langfristige Forderungen

- Strukturreform des gesamten Vergütungssystems
- Errichtung einer Betreuerkammer, die den Berufszugang steuert, eine verbindliche Berufsordnung erlässt und Aufsichtsfunktionen hat.

Beide Studien sind als inhaltliche Grundlage des daraufhin begonnenen Reformprozesses anzusehen.

In zwei Ländern (Hessen und Bayern) fanden Landtagswahlen statt, welche von der jeweiligen Landesgruppe in Form von Wahlprüfsteinen und Formulierungsvorschlägen zum Koalitionsvertrag intensiv politisch begleitet wurden.

*Hennes Göers und Dr. Harald Freter  
beim Gespräch mit dem Staatssekretär  
im BMJV Christian Lange (SPD)*



#### Auswahl politischer Gespräche mit Bundesbeteiligung

Datum	Gremium / Termin	Ort	Bemerkungen
17.05.2018	Arbeitskreis Recht der SPD-Landtagsfraktion NRW	Düsseldorf	Looser
11.06.2018	MdBHH Richard Seelmaecker (CDU)	Hamburg	Freter, Will
18.06.2018	Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Dieter Lauinger (Bündnis 90/Die Grünen)	Erfurt	Becker, Freter, Mücke
21.06.2018	Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung von Berlin Dr. Dirk Behrendt, (Bündnis 90/ Die Grünen)	Berlin	Göers, Freter, Th. Behrendt
27.06.2018	Friedrich Straetmanns, Justiziar bzw. rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE	Berlin	Göers
03.07.2018	Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Kerstin Schreyer (CSU)	München	Göers, May, Grimm, Stichnoth, Staeck, Kutscher
11.07.2018	Staatssekretär im BMJV Christian Lange (SPD)	Berlin	Göers, Freter, Schmitt
16.07.2018	Berichterstatte der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Betreuung Dirk Heidenblut	Essen	Becker, Göers, Freter
28.08.2018	Rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker	Berlin	Becker, Göers, Freter
02.08.2018	Rechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Jürgen Martens	Berlin	Göers
18.09.2018	Niedersächsische Justizministerin Barbara Havliza (CDU) und niedersächsischer Staatssekretär im Justizministerium Dr. Stefan von der Beck	Hannover	Sobota, Friedrichs-Heise, Bischoff
25.09.2018	MdL Stefan Lenzen und MdL Christian Mangan (FDP-Landtagsfraktion NRW)	Düsseldorf	Göers, Lordick
04.10.2018	Staatsrat beim Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen Jörg Schulz	Bremen	Göers, Müller-Hanssen, Freter
04.10.2018	MdB Stephan Thomae (FDP)	Kempten	Halbreiter
10.10.2018	Justizsenator der Freien und Hansestadt Hamburg Till Steffen (Grüne)	Hamburg	Peymann, Will
11.10.2018	Bodo Löttgen, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	Göers
18.10.2018	Runder Tisch zum Thema Betreuung bei der rechtspolitischen Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker	Berlin	Becker
18.10.2018	Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen Peter Biesenbach (CDU)	Berlin	Becker
24.10.2018	MdB Johannes Kahrs (SPD)	Hamburg	Göers, Peymann, Freter
13.11.2018	Mike Bischoff (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg) und Erik Stohn (Generalsekretär der SPD Brandenburg)	Potsdam	Becker, Rump, Freter
23.11.2018	Bayerischer Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich (CSU)	Berlin	Becker, Schmitt
11.12.2018	Jahresempfang des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen	Berlin	Freter

## Fachliche Stärke

Unsere Schwerpunkte in der fachlichen Arbeit setzen wir auf die Entwicklung von Leitlinien und Standards sowie die Entwicklung einer Gesetzesvorlage für eine Berufskammer. Unser Ziel ist eine Reform des Betreuungswesens und des Vergütungssystems. Zentral bei allen unseren Überlegungen ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, welche bereits 2009 von Deutschland ratifiziert wurde. Der Weg zur Aufwertung des Berufes führt für uns über die strukturelle Qualität der Arbeit. Sie ist ein wichtiger Baustein für die gesellschaftliche Wertschätzung. Unser oberstes kurzfristiges Ziel ist die sofortige Steigerung der Vergütung und der Zeiteinsätze. Denn ohne dies müssen viele Berufsbetreuer ständig um das berufliche Überleben kämpfen, Qualität wird nicht bezahlt.

Um diese Ziele zu erreichen und Themen voranzutreiben, wirkt der BdB in zahlreichen externen Gremien mit. Wir entwickeln eigene Konzepte und Modellprojekte zu berufsfachlichen Themen, nehmen als Experte Stellung zu Gesetzesinitiativen. Im Jahr 2018 waren dies:

### Reformprozess

Im Sommer 2018 startete das BMJV den interdisziplinären Diskussionsprozess „Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht“ mit allen relevanten Akteuren der Betreuung. Dieser soll voraussichtlich bis Ende 2019 laufen. Es diskutieren und arbeiten dabei vier themenspezifische Fach-Arbeitsgruppen mit breit ausgewählten Expert/innen aus Wissenschaft, Praxis und Vertreter/innen der wesentlichen Akteure des Betreuungswesens miteinander, die am Ende des Prozesses im optimalen Fall konkrete Gesetzgebungsvorschläge erarbeiten.

Die Fach-Arbeitsgruppen:

- Fach-AG 1: Stärkung des Selbstbestimmungsrechts bei der Betreuerauswahl, der Betreuungsführung und der Aufsicht
- Fach-AG 2: Betreuung als Beruf und die Vergütung der beruflichen Betreuer
- Fach-AG 3: Ehrenamt und Vorsorgevollmacht (einschl. Verbesserung der finanziellen Situation der Betreuungsvereine)
- Fach-AG 4: Rechtliche Betreuung und „andere Hilfen“ (Schnittstelle zwischen rechtlicher und sozialer Betreuung)

Der BdB ist in den Fach-AGs 1 und 2 durch seinen Vorsitzenden Thorsten Becker, in der Fach-AG 3 durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Hennes Göers und in dem für drei Sitzungstermine geplanten Plenum zusätzlich

durch seinen Geschäftsführer Dr. Harald Freter vertreten. Die Arbeit ist durch ein konstruktives und offenes Diskussionsklima geprägt, das nur möglich ist, weil absolute Vertraulichkeit der Sitzungsinhalte vereinbart wurde. Der BdB hält sich an diese vereinbarte Vertraulichkeit, weshalb hier auf Einzelheiten nicht eingegangen werden kann. Natürlich hat jeder Akteur, seien es die Landesregierungen oder der Bund, Betreuungsbehörden, Gerichte, Vereine, Berufsverbände, Justizbehörden usw. jeweils eigene Vorstellungen über Qualität und die Zukunft der rechtlichen Betreuung. Aus diesem Grunde ist die laufende Diskussion und wird der anschließende Gesetzgebungsprozess sicherlich nicht einfach sein.

### Stellungnahmen

Der BdB hat 2018 Stellung zu unterschiedlichsten Themen und für unterschiedlichste Ebenen bezogen.

#### Thema: Qualität und Reform

- Stellungnahme zum Abschlussbericht der rechtstatsächlichen Untersuchung zur Qualität in der rechtlichen Betreuung.
- Bitte um Stellungnahme der Mitglieder der Beiräte der beiden Forschungsvorhaben zur Qualität in der rechtlichen Betreuung und zur Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes in der betreuungsrechtlichen Praxis.
- Ergänzungen zur Stellungnahme zum vorgeschlagenen Modellprojekt „Erprobung einer zeitlich begrenzten Fallverantwortung und Assistenz“.
- Brief an die Bundesjustizministerin und die Justizminister/innen der Länder zum Beschluss der 89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 6./7. Juni zur „Reform des Betreuungsrechts – Strukturelle Änderungen an der Schnittstelle zum Sozialrecht und qualitätsorientierte Anpassung der Vergütung“.
- Kommentierung einzelner Aspekte des Beschlusses „Reform des Betreuungsrechts – Strukturelle Änderungen an der Schnittstelle zum Sozialrecht und qualitätsorientierte Anpassung der Vergütung“ der 89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 6./7. Juni.

#### Thema: Länderpolitik

2018 ist der BdB zu unterschiedlichen Themen in der Landespolitik als Akteur und Einflussnehmer präsent gewesen, welches im Folgenden überblicksartig dargestellt werden soll:

- Im Sommer 2018 behandelte der Rechtsausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen die „Vergütung von Berufsbetreuern“ und beschloss, zu diesem

Beratungsgegenstand im November eine Anhörung durchzuführen. Zur Vorbereitung wurde eine Stellungnahme erbeten, die fünfzehn zum Teil umfangreiche Fragestellungen rund um die Themen Vergütung und Qualität beinhaltete. Durch einen Formfehler des Rechtsausschusses verschob sich der Termin in den Februar 2019.

- Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion in Brandenburg wurde 2018 eine Anhörung im Rechtsausschuss zum Gesamtkonzept „Betreuung“ geplant. Dabei behandelte der BdB in seiner Stellungnahme Fragen rund um „Vergütung“, „Qualität und Qualitätsmängel“, „Handlungsbedarf in der Betreuung“, „Zulassungs- und Ausbildungskriterien“ und „vorgelagerte Clearingstelle“. Die Bereitschaft der Landesregierung, sich diesem Thema zu widmen, ist allerdings zwischenzeitlich wieder infrage gestellt worden, und momentan ist nicht abzuschätzen, ob eine entsprechende Anhörung im Rechtsausschuss noch stattfinden wird.
- Im ersten Quartal des Jahres bezog der BdB zum Entwurf für ein „Hessisches Gesetz zum Wahlrecht für vollbetreute Menschen“ Stellung (Drucks. 19/5271) und hat sich im Rahmen einer Anhörung am 12.04.18 schriftlich und mündlich dazu äußern können. Der Gesetzentwurf ist allerdings am 21.07.2018 abgelehnt worden (Plenarprotokoll 19/143, S. 10358 ff.). Der Entwurf ging auf eine Initiative der Fraktion Die Linke zurück.
- Fast zeitgleich ging es auch in Niedersachsen um die Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen. Die Anhörung hat am 05.04.2018 beim Ausschuss für Inneres und Sport stattgefunden – unter Beteiligung der BdB-Landesgruppe Niedersachsen. Die Fortsetzung der Beratungen ist allerdings verschoben worden, bis „(...) die angekündigte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die dort anhängige Wahlprüfungsbeschwerde vorliegt“ (Ausschuss für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtags 2018, S. 1).
- Am 14.08.2018 brachten die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen einen Gesetzentwurf ein für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes, welches die aktuellen Entwicklungen berücksichtigen soll (Drucks. 19/6675). Der BdB bekam im Oktober 2018 die Gelegenheit, schriftlich dazu Stellung zu beziehen.
- Die Fraktionen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen haben am 15. Mai 2018 im Hessischen Landtag einen Gesetzent-

wurf zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes vorgelegt. Der BdB bekam die Gelegenheit, sich schriftlich zu äußern sowie am 09.08.2018 mündlich Stellung beim Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss zu beziehen (vgl. Ausschussvorlage /SIA/19/130, S. 118ff.). Der Hessische Landtag hat dem Gesetzentwurf in dritter Lesung am 13.09.2018 zugestimmt.

- Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2017 beschlossen, dass die Senatsverwaltung für Justiz und die Senatsverwaltung für Soziales ein gemeinsames Konzept zur Zusammenarbeit der Berufsbetreuer/innen und der Betreuungsvereine bis zum 1. September 2018 vorzulegen hat (vgl. Drucks. 18/0700, Rn. 39). Die Erarbeitung von Möglichkeiten und Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Betreuung steht dabei im Vordergrund. Die Beratungen haben unter Einbeziehung aller betreuungsrelevanten Akteure stattgefunden, so auch mit der BdB-Landesgruppe Berlin. Die Landesgruppe hat sich mit einer Stellungnahme beteiligt und wurde dabei von der BdB-Geschäftsstelle unterstützt. Die beiden Senatsverwaltungen haben sich daraufhin beraten und schließlich einen Bericht dazu verfasst (Drucks. 18/1252).

#### **Thema: Internationales**

Im Sommer 2018 begann die zweite Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention für Deutschland. Im Gegensatz zum ersten Staatenbericht lief das Gesamtverfahren dieses Mal vereinfacht ab, d.h. ohne vorherigen ausführlichen Staaten- und Parallelbericht. Der Start für den zweiten Staatenbericht bildete die auf der 20. Sitzung des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen verabschiedete Frageliste („List of Issues prior to reporting“). Diese Frageliste fungiert als Vorlage für den bis zum 01.10.2019 zu erstellenden Staatenbericht, der unter Berücksichtigung der Fragenliste zu erstellen ist. Der Ausschuss prüft daraufhin den Staatenbericht im Rahmen eines Dialogs mit der Bundesregierung („Constructive Dialogue“) und veröffentlicht nach Bewertung die Abschließenden Bemerkungen („Concluding Observations“). Auch die Zivilgesellschaft spielt in diesem Verfahren wieder eine entscheidende Rolle und wird den gesamten Prozess eng begleiten. Die Sicht der Zivilgesellschaft soll den Aussagen der Regierung etwas entgegengesetzt und so dem UN-Fachausschuss ein objektiver Blick auf drängende Probleme in Deutschland ermöglicht werden. Koordiniert wird das zivilgesellschaftliche Verbändebündnis, dem

auch der BdB angehört – vom Deutschen Behindertenrat, der LIGA Selbstvertretung, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und den Fachverbänden für Menschen mit Behinderungen.

Die Monitoring-Stelle UN-BRK hat dem UN-Ausschuss im ersten Schritt eine „Pre-List of Issues“ zukommen lassen, an deren Inhalt der BdB, vertreten durch seinen Referenten für Grundsatzfragen, Dirk Brakenhoff, mitgearbeitet hat. In einem zweiten Schritt hat der BdB das Thema Betreuung in die „Vorschläge für Fragen des Fachausschusses zur UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen der 2. Staatenprüfung Deutschlands“ einbringen können, der das zivilgesellschaftliche Verbändebündnis koordiniert hat. Die insgesamt 220 Fragenvorschläge wurden dem UN-Fachausschuss in Genf zur Verfügung gestellt (Deutscher Behindertenrat et al. 2018). Der BdB behandelt in seinen Ausarbeitungen zentrale Betreuungsthemen rund um Qualität/Qualitätsmängel, Unterstützte Entscheidungsfindung, selbstbeauftragte Unterstützungsformen, materielle Ausstattung der Berufsbetreuer/innen sowie den Wahlrechtsausschluss.

Alle Stellungnahmen finden Sie unter [https://bdb-ev.de/68\\_Stellungnahmen.php](https://bdb-ev.de/68_Stellungnahmen.php)

#### **Mitarbeit in externen Gremien**

Der BdB war 2018 in zahlreichen Gremien vertreten, um die Sicht und die Bedarfe beruflicher Betreuung zum Ausdruck zu bringen.

#### **Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention**

Drei Mal im Jahr finden die von der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention durchgeführten Verbändekonsultationen statt. Es handelt sich bei den Konsultationen um ein inklusives Veranstaltungsformat, das den offenen Erfahrungs- und Informationsaustausch der Monitoring-Stelle mit den behindertenpolitischen Verbänden in Deutschland zum Ziel hat. Der BdB ist hier durch den Referenten für Grundsatzfragen Dirk Brakenhoff vertreten.

#### **Mitarbeit in der Expertengruppe „Unterstützung“ – Forschungsprojekt „Wohnen selbstbestimmt“.**

Das Projekt hat das Ziel, dass Menschen mit Behinderung und einem hohen Unterstützungsbedarf zukünftig tatsächlich Wahlmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Wohn- und Unterstützungsformen eröffnet werden können. Dazu werden im Projekt Wohnkonzepte, Unterstützungsformen sowie Empfehlungen zur Anpassung, Veränderung und

Weiterentwicklung bestehender rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen entwickelt. Der BdB war hier durch seinen Referenten für Grundsatzfragen Dirk Brakenhoff vertreten.

#### **Projekt Seniorenbüros**

Rund 450 Seniorenbüros bundesweit bilden etablierte Anlaufstellen für ältere Menschen und deren Angehörige zu allen Fragen von Versorgung, Hilfsangeboten und Engagement im Alter. 15 Standorte zwischen Flensburg und Starnberg beteiligten sich seit 2016 an einem Modellprojekt der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS) im Vorfeld rechtlicher Betreuung. Die Begleitung der Initiative durch den BdB erweist sich als gewinnbringend. Der Verband ist hier durch den stellvertretenden Vorsitzenden Rainer Sobota vertreten.

#### **Projekt „Vermögensdelikte in Betreuungsverhältnissen“**

Der BdB, vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden Hennes Göers, beteiligte sich in einem Beirat der vom Bundesjustizministerium geförderten Studie „Vermögensdelikte in Betreuungsverhältnissen“, durchgeführt von der Leibniz Universität Hannover und der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Ziel der Studie ist die Erarbeitung von Vorschlägen zur Vermeidung strafrechtlich relevanter Handlungen im Bereich der rechtlichen, auch ehrenamtlich geführten, Betreuungen. Mit einer umfangreichen Analyse von Straf- und Betreuungsakten aus mehreren Bundesländern sollen strukturelle und rechtliche Mängel der Aufsicht erkannt und Vorschläge zur Risikominderung erarbeitet werden.

#### **Arbeitsgruppe „Rechtliche Betreuungen und Sozialleistungen“**

Diese Arbeitsgruppe wurde beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge eingerichtet. Sie soll eine Handreichung zum Verhältnis von rechtlichen Betreuungen und Sozialleistungen erarbeiten, die sich an professionell tätige Akteure im Betreuungswesen und im Bereich von Sozialleistungen richten soll. In der Arbeitsgruppe sind verschiedene Akteure aus dem Betreuungs- und dem Sozialwesen beteiligt. Den BdB hat Rainer Sobota in dieser Arbeitsgruppe vertreten.

#### **Aktualisierung der S3-Leitlinie Schizophrenie**

„S3“ steht für die höchste methodische Qualität von wissenschaftlichen Leitlinien, sie hat alle Elemente einer systematischen Entwicklung durchlaufen. Die S3-Leitlinie Schizophre-

nie (2006) befand sich seit 2012 in Überarbeitung. Dieser Prozess wurde 2018 abgeschlossen. Ziel der Leitlinien ist es, psychische Erkrankungen optimal zu diagnostizieren und zu behandeln. Diagnose- und Therapiemöglichkeiten, die in den Leitlinien berücksichtigt werden, müssen zudem unter den beteiligten Experten und in der Fachwelt anerkannt sein. Für den BdB war Iris Peymann an der Konsensusgruppe beteiligt, die aus Vertretern aller für die Behandlung und Versorgung der Schizophrenie relevanten Berufsgruppen und Verbandsvertretern sowie Betroffenen und Angehörigen-Verbänden bestand. Die Konsensusgruppe hat unter anderem auch das Thema Vermeidung von Zwang und die Bedeutung der UN-BRK auf die Beteiligung bei der Behandlung im Sinne einer partizipativen Entscheidungsfindung bearbeitet.

#### Kasseler Forum

Der BdB beteiligte sich im Berichtsjahr auch am Kasseler Forum, einem Gesprächskreis, in dem sich Verbände und andere Akteure des Betreuungswesens in unregelmäßigen Abständen treffen, um Fragen der Betreuung zu erörtern und darüber ggf. einen Konsens zu erzielen. Den BdB vertreten hier Hennes Göers und Rainer Sobota, vertretungsweise auch der Geschäftsführer Dr. Harald Freter.

Wie in den Vorjahren war auch 2018 die gemeinsame Arbeit geprägt durch die Diskussionen um die Vergütung und die Qualität. Auf den beiden Sitzungen am 27.2.2018 und am 26.6.2018, die jeweils in den Räumen des Bundessozialgerichts in Kassel stattfanden, wurden Forderungen hierzu erörtert. Auf Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags der Berufsverbände BdB und BVfB wurde Anfang des Jahres ein Minimalkonsens an Sofortforderungen zur Vergütung (Erhöhung der Stundensätze um 25 % und der Stundenansätze um 24 %) erarbeitet, dem sich auch die Bundeskonferenz der Betreuungsvereine (BuKo) anschloss. In einer weiteren Erklärung vom Juli 2018, der sich auch der BGT und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege anschlossen, wurden Forderungen an den vom BMJV begonnenen Diskussionsprozess zur Qualität in der rechtlichen Betreuung formuliert, insbesondere eine Erhöhung der Stundensätze noch im Jahre 2018.

#### Projekt „adele“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg

Der BdB unterstützt seit Beginn 2017 ein Projekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW). Im Rahmen



Die Mitglieder des Kasseler Forums im März 2018 vor dem Bundessozialgericht in Kassel

des Projektes „adele“ untersucht die HAW unter Federführung von Prof. Dr. Andreas Langer, der auch im Beirat des BdB vertreten ist, die Lebenssituation alter, desorganisiert lebender Menschen (im Volksmund häufig bezeichnet als „Messies“) und entwickelt eine Interventionsstrategie. Als Kooperationspartner hat der BdB unter anderem über zahlreiche Betreuer/innen aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen an einer Online-Umfrage mitgewirkt. Betreuer/innen aus Hamburg und vor allem deren Klient/innen konnten konkrete Unterstützung über das Projekt erhalten. Im Weiteren wird aus dem Projekt heraus eine Fortbildungsmaßnahme entwickelt, an der neben Berufsbetreuer/innen auch andere beruflich mit desorganisiert lebenden Menschen Tätige teilnehmen können. Für den BdB nahmen die Referentin der Geschäftsführung Judith Grabe-Scholl – und initial auch die Hamburger Landesgruppensprecherin Bärbel Will – am Projektbeirat teil.

#### Weitere Projekte

##### ■ BdB-Jahrbuch

Zur Tagung 2018 hat der BdB erstmals ein Jahrbuch herausgegeben, das in Zusammenarbeit mit dem BALANCE buch + medien verlag in Folge jährlich erscheint.

Das Jahrbuch löste die vom BdB ebenfalls mit dem BALANCE Verlag herausgegebene Fachzeitschrift für Betreuungsmanagement *kompas* ab.

Zur Konzeption und Erarbeitung des Jahrbuchs wurde vom Vorstand eine Projektgruppe eingerichtet, bestehend aus Dr. Harald Freter, Iris Peymann, Judith Grabe-Scholl, Anne Heitmann (ah kommunikation) und York Bieger (BALANCE buch+medien verlag).

Die Arbeitsgruppe hat in Abstimmung mit dem Vorstand u.a. die grundlegende Zielstellung des Jahrbuches festgelegt. Das Jahrbuch soll den fachlichen Diskurs und die Fachlichkeit abbilden, gesellschaftliche und juristische Rahmenbedingungen für Betreuung beschreiben und dadurch zur Weiterentwicklung von Betreuung beitragen.

Ausgewählte Autorinnen und Autoren greifen im Jahrbuch aktuelle und grundsätzliche Themen aus den Bereichen Wissenschaft und Fachlichkeit, Fachpolitik, Rechtliche Entwicklungen in der Betreuungsarbeit sowie Betreuungspraxis auf, die großenteils auf Beiträgen der vorausgegangenen BdB-Jahrestagung basieren. Entsprechend lautete der Titel des Jahrbuchs in 2018 „Ohne Wenn und Aber: Professionelle Betreuung anerkennen!“.

Mit dem Jahrbuch richtet sich der BdB in erster Linie an die Fachöffentlichkeit, Politik, Ministerien, Behörden, Gerichte und vor allem an Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer.

Der Verband wird das Jahrbuch v.a dafür nutzen, um sein fachliches und politisches Netz-

werk weiter auszubauen. Deshalb erscheint das Jahrbuch gezielt in kleinerer Auflage von ca. 700 Exemplaren und soll an festgelegte Zielgruppen entsprechend kostenlos weitergegeben werden. Hierzu zählen u.a. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BdB-Jahrestagung sowie Funktionsträger/innen des BdB, QR-Registrierte, entsprechende Fachbibliotheken, (Fach-)Hochschulen und Universitäten für Soziale Arbeit, Behörden, Gerichte, Politik und Ministerien (v.a. BMJV), die Mitglieder des BdB-Beirats für Qualitätsentwicklung, Verbände in den Hilfesystemen und mit benachbarter Themenstellung und das ipb und andere Weiterbildungsinstitute.

Darüber hinaus kann das Jahrbuch auch über den BALANCE buch+ medien verlag sowie über den Handel bezogen werden. BdB-Mitglieder können es zu einer vergünstigten Schutzgebühr über den BdB bestellen.

Die Redaktion des Jahrbuchs bestand 2018 aus Dr. Harald Freter, Iris Peymann, Judith Grabe-Scholl, Dirk Brakenhoff, Anne Heitmann (ah kommunikation) und York Bieger (BALANCE buch+medien verlag).

## **Organe & Gremien im BdB**

### **Delegiertenversammlung**

Die Delegiertenversammlung fand am 4. Mai 2018 in Berlin statt. Wichtigster Punkt war der mit einer Enthaltung verabschiedete Leitantrag von Vorstand und Länderrat „Jetzt erst recht: das Überleben der beruflichen Betreuung sichern!“. Leitende Motive waren die gescheiterte Vergütungserhöhung, die BMJV-Studienergebnisse sowie der neue Koalitionsvertrag der Bundesregierung.

Eine Stunde gut investierter Zeit widmeten sich die Delegierten der Änderung von Berufsethik und Berufsleitlinien, mit denen die beruflichen Grundlagen an die UN-Behinderntenrechtskonvention angepasst wurden.

Auch der dritte wichtige Antrag des Abends wurde mehrheitlich angenommen: das Konzept für die Auditierung im Qualitätsregister (QR). Nach Abschluss der Testphase wird dieses Qualitätssicherungsinstrument nun auf freiwilliger Basis für QR-Registrierte eingeführt.

Bevor die Versammlung dem Vorstand unter TOP 8 die Entlastung aussprach, standen traditionell verschiedene Berichte auf der Agenda. Den Anfang machte der BdB-Vorsitzende Thorsten Becker, der vor allem die

gescheiterte Gesetzesänderung sowie die Ergebnisse der Forschungsvorhaben zu Qualität und zum Erforderlichkeitsgrundsatz in den Fokus nahm. Den Bericht aus der Bundesgeschäftsstelle stellte BdB-Geschäftsführer Dr. Harald Freter vor. Dazu gehörten die Mitgliederentwicklung und die Finanzsituation. Als den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der Geschäftsstelle benannte Freter konzeptionelle Arbeit vor allem zur Mitgliederorientierung, die Unterstützung der Landesgruppen und die Öffentlichkeitsarbeit.

Mit großem Interesse verfolgten die Delegierten schließlich den Bericht von Iris Peymann, die im Frühjahr die Geschäftsführung des Instituts für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung (ipb) übernommen hatte. Sie erläuterte die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen und stellte den von ihr eingeschlagenen Konsolidierungskurs dar. Den Schlusspunkt auf der Agenda bildete die Wahl der BdB-Schiedskommission. Sie besteht fortan aus Silke Hagenow-Ukat, Alexander Kutscher, Eberhard Kühn, Silke Engelbrecht und Andreas Witte; als Stellvertreter/innen wurden Lydia Rensen, Regina Geller und Angelika Verhaag gewählt.

### **Länderrat**

Der Länderrat ist 2018 zweimal zusammengetreten. In der Sitzung am 8./9.3.2018 in Potsdam standen eine Reihe wichtiger Punkte auf der Tagesordnung. Neben den Berichten des Vorstands und des Geschäftsführers war dies zunächst der Entwurf des Verbandes für ein Berufs- und Kammergesetz, das von Prof. Winfried Kluth erarbeitet und im Länderrat vorgestellt wurde. Weiter ging es um umfangreiche Änderungen zur Aktualisierung der Berufsethik- und Leitlinien, die dann der Delegiertenversammlung vorgelegt wurden. Der Länderrat schloss sich mit großer Mehrheit dem Leitantrag des Vorstandes für die Delegiertenversammlung an, befasste sich mit dem Konzept für die Auditierungen im Qualitätsregister, nahm den Jahresabschluss 2017 zur Kenntnis und beschloss den Wirtschaftsplan des BdB für das Jahr 2018. Zur Vorbereitung des Wirtschaftsplans waren die Finanzverantwortlichen am 8.2.2018 in Hamburg zusammengekommen.

Auf der zweiten Sitzung am 27./28.9.2018 in Hamburg stand im Mittelpunkt der begonnene Diskussionsprozess des BMJV zur Qualität in der rechtlichen Betreuung, der ausführlich vorgestellt und diskutiert wurde. Dazu wurden auch die für den Herbst geplanten

politischen Aktionen besprochen. Der ehemalige externe betriebliche Datenschutzbeauftragte des BdB, Maximilian Mertin, referierte zu den Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung auf den Verband und seine Organe.

Die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen des Länderrats lagen jeweils in der Verantwortung einer Landesgruppe. Für die Februar-Sitzung war das die Landesgruppe Brandenburg, für die im September die Landesgruppe Hamburg. Im Rahmen dieser Sitzungstermine fand jeweils ein kulturelles Beiprogramm statt: abendlicher Stadtrundgang durch Potsdam und Besichtigung der Elbphilharmonie in Hamburg.

### **Vorstand**

Im Jahre 2018 hat der siebenköpfige Bundesvorstand insgesamt zehnmal getagt, in der Regel zweitägig in Hamburg oder andernorts eintägig im Vorfeld und zur Vorbereitung von Tagungen der Verbandsorgane oder des Qualitätsbeirats. Im Januar fand eine gemeinsame Klausurtagung mit den Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle in Form eines Workshops zur Mitgliederorientierung statt, ein weiterer Workshop mit den Referent/innen im September. Auf diesen Workshops wurden die unterschiedlichen Anspruchsgruppen (Stakeholder) des BdB identifiziert und priorisiert und ein Leitbild in Form einer „Change Story“ mit einer Mission und einer Vision für den Verband gemeinsam erarbeitet. Darüber hinaus führte der Vorstand eine dreitägige Klausurtagung mit Teambildungselementen im Kloster Steinfeld in Kall-Steinfeld durch.

Regelmäßige Themen der Vorstandssitzungen waren die Mitgliederentwicklung, die Finanzsituation, Berichte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen und seitens der Geschäftsführung sowie das Beschlusscontrolling.

Darüber hinaus wurden die Tagungen der Verbandsorgane Delegiertenversammlung und Länderrat, der Qualitätsbeirat und die Jahrestagung inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Auch die Situation des ipb war regelmäßig Gegenstand von Erörterungen im Vorstand.

Absolutes Schwerpunktthema war, wie in den Jahren zuvor, die politische Entwicklung zur Vergütung und die Aktivitäten des Verbandes dazu. Der im Juni 2018 vom BMJV begonnene Diskussionsprozess zur Qua-

lität in der rechtlichen Betreuung wurde seitens des Vorstands intensiv begleitet. Weitere Themen der Vorstandssitzungen waren u.a. die Berufsleitlinien und –ethik, ein neues Vergütungssystem, das Konzept für die QR-Auditierung und ein Konzept für den Berufsausstieg.

Die Arbeit des Vorstands ist nach Aufgabengebieten gegliedert, wobei das jeweilige Vorstandsmitglied mit einem bzw. einer Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle diese Thematik bearbeitet und auf diese Weise Entscheidungen des Vorstands vorbereitet. Insbesondere wird auch jede BAG gemeinsam von einem Vorstandsmitglied und einem bzw. einer Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle koordiniert. Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen einer „Patenschaft“ auch zuständig für eine oder mehrere Landesgruppen. Es steht dazu als Ansprechperson für die Landesgruppen zur Verfügung und nimmt auf Wunsch an den Mitgliederversammlungen teil. In unterschiedlichen Zusammenhängen haben Vorstandsmitglieder an Gesprächen mit Politik und Ministerien auf Bundes- und Landesebene teilgenommen.

**Beirat für Qualitätsentwicklung**

Der Beirat für Qualitätsentwicklung tagte 2018 zweimal: am 9.6.2018 und am 8.12.2016 jeweils in Hamburg unter Vorsitz von Ulrich Engelfried. In beiden Sitzungen wurde der aktuelle Stand des Qualitätsdiskussionsprozesses des BMJV vorgestellt und ausführlich diskutiert und bewertet. Das vom BdB vorgeschlagene Modellprojekt zur „selbstmandatierten Unterstützung“ wurde dem Beirat vorgestellt und ebenfalls intensiv und konstruktiv diskutiert.

Die neuen von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Berufsleitlinien wurden dem Beirat vorgestellt und dessen Mitglieder um Anregungen zu einer weiteren Überarbeitung gebeten. Anhand eines Fachvortrags von Professor Wendt hat der Beirat noch einmal die Notwendigkeit von Fachlichkeit in der Betreuung bekräftigt. Auch die ersten Überlegungen des BdB zu einem neuen Berufsbild wurden behandelt.

**Schiedskommission**

Die Schiedskommission war 2018 mit keinem Fall beschäftigt. Das ist nicht zuletzt der sehr guten vermittelnden Arbeit der Beschwerdestelle zu verdanken. Auf der Delegiertenversammlung in Berlin erfolgten Neuwahlen mit folgender aktueller Besetzung: Silke Hagenow-Ukat (Vorsitzende),

Aufgabenverteilung im Vorstand	
Aufgabengebiet	Vorstandsmitglied
Politik, Öffentlichkeitsarbeit	Thorsten Becker (Vorsitzender)
Vereine, Organisation und Verwaltung	Hennes Göers (stellvertretender Vorsitzender)
Fachlichkeit, ipb (seit 26.02.2018)	Rainer Sobota (stellvertretender Vorsitzender)
Finanzen, Qualitätsentwicklung/ bis 26.2.2018 ipb	Iris Peymann
Service, Kooperationspartner	Jochen Halbreiter
Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen	Heike Looser
Schriftführer und angrenzende Tätigkeiten des Berufs	Christian Kästner

Landesgruppenpatenschaften	
Landesgruppe	Vorstandsmitglied
Baden-Württemberg	Hennes Göers
Bayern	Jochen Halbreiter
Brandenburg	Christian Kästner
Bremen	Rainer Sobota
Berlin	Hennes Göers
Hamburg	Iris Peymann
Hessen	Thorsten Becker
Mecklenburg-Vorpommern	Hennes Göers
Niedersachsen	Rainer Sobota
Nordrhein-Westfalen	Heike Looser
Rheinland-Pfalz	Heike Looser
Saarland	Heike Looser
Sachsen	Jochen Halbreiter
Sachsen-Anhalt	Christian Kästner
Schleswig-Holstein	Iris Peymann
Thüringen	Christian Kästner

Silke Engelbrecht, Eberhard Kühn, Alexander Kutscher, Andreas Witte. Stellvertreter/innen sind geworden: Regina Geller, Lydia Rensen, Angelika Verhaag. Alexander Kutscher hat per 31.12.2018 sein Amt beendet.

**(Bundes-) Arbeitsgemeinschaften**

Zur Beratung und Unterstützung des Vorstands hat dieser Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) eingerichtet. Alle BAGs werden von Vorstandsmitgliedern geleitet. Außerdem sorgen Mitarbeiter/innen

der Geschäftsstelle für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung. Folgende BAGs waren 2018 tätig:

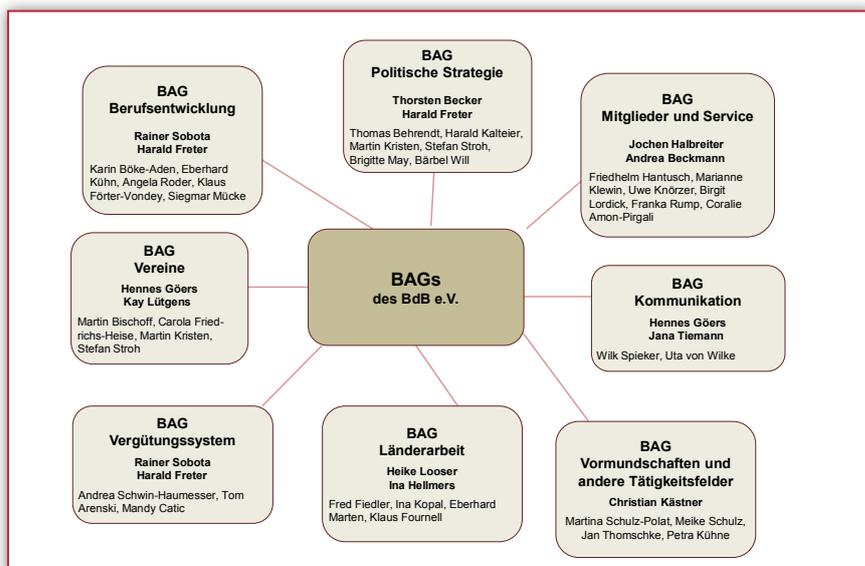
Die **BAG Politische Strategie** hat den Auftrag, politische Entwicklungen im Bereich der Betreuung zu beobachten und zu bewerten und daraus Strategien zur Durchsetzung der berufspolitischen Vorstellungen des Verbandes zu entwickeln. Dazu gehören die Grundsatzfragen der Kampagnen und die Bündnispolitik.

2018 wurden zwei Sitzungen durchgeführt, in denen sich mit dem jeweiligen Stand der politischen Entwicklungen befasst wurde. Konkret ging es um die Vorbereitung der Protestaktion „Baustelle Betreuung“ auf der Jahrestagung, konzeptionelle Überlegungen zu den Tagen der offenen Tür und die Vorbereitung der Demonstration zur Jumiko-Sitzung im November.

Die **BAG Berufsentwicklung** kam im Jahr 2018 insgesamt dreimal zusammen. Schwerpunktthema war zunächst die Überarbeitung der Berufsleitlinien und der Berufsethik unter Berücksichtigung der Anforderungen der UN-BRK. Weiterer Schwerpunkt war die Überarbeitung des Berufsbildes. Dazu hat sich die BAG zunächst mit den grundsätzlichen Anforderungen an ein Berufsbild befasst, auf deren Grundlage ein Entwurf erstellt und breit im Verband diskutiert werden soll.

Als erster Schritt sollen bei der Jahrestagung 2019 „Eckpunkte eines neuen Berufsbildes“ zur Diskussion vorgestellt werden. Weitere Themen waren Handreichungen für den Berufsausstieg und Überlegungen zu einem Erfahrungsaustausch von Betreuungsbüros.

Die **BAG Vergütungssystem** hat den Auftrag, einen Vorschlag des BdB für ein neues qualitätsorientiertes und leistungsgerechtes Vergütungssystem für beruflich tätige Betreuer/innen zu erarbeiten. Sie kam 2018 zweimal zusammen. Die umfangreichen Überlegungen mündeten in ein System, bestehend aus einer Grundpauschale, die unabhängig vom Einzelfall alle immer vorkommenden Tätigkeiten abdecken soll und einem Steigerungssystem, mit dem Fallkonstellationen abgebildet werden sollen, die Mehrarbeit verursachen. Ein solches Modell wäre auf seine Tauglichkeit empirisch zu untersuchen. Dazu hat die BAG Gespräche mit den Professoren Brühl und Löcherbach geführt, die bereits früher ein Fallgruppenmodell für den BdB erarbeitet hatten. Von dort wurde dann aber keine Möglichkeit gesehen, in einem vertretbaren Rahmen an der Entwicklung eines neuen Modells mitzuwirken. Da auch seitens des BMJV in absehbarer Zeit nicht an die Ein-



führung eines strukturell veränderten Vergütungssystems gedacht ist, wird die BAG ihre Arbeit Anfang 2019 mit einem Abschlussbericht beenden.

Die **BAG Länderarbeit** arbeitet intensiv an der Stärkung der Landesgruppen. 2018 kam die BAG insgesamt viermal zusammen. Der Leitfaden „Vorstandsarbeit – Handreichung für neue Mitglieder in den Landesgruppenvorständen“ wurde weiterentwickelt und steht auch online zur Verfügung. Im Juni 2018 fand das zweite Einführungstreffen für neue Vorstandsmitglieder in Hamburg statt, mit noch mehr Teilnehmer/innen als im Vorjahr.

Die BAG hat die Rolle und Aufgaben der einzelnen Vorstandspositionen klar definiert und gibt diese als Empfehlung an die Landesgruppen weiter. Die einzelnen „Steckbriefe“ sollen auch als Hilfe dienen für die Suche nach neuen Aktiven für die Vorstandsarbeit. In Abstimmung mit der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit wurde die neue Funktion ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ für die Landesgruppen ausgestaltet. Die Online-Plattform ‚Trello‘ zur Koordination der Öffentlichkeitsarbeit und zum Erfahrungsaustausch wurde von der BAG sehr begrüßt.

Vom Bundesvorstand wird die BAG Länder zu wichtigen Themen und Problemen um Einschätzung aus Ländersicht und um Lösungsansätze gebeten: Zur Struktur der Länderbudgets und der Mittelverwendung, zur Weiterführung der monatlichen Telefonkonferenz, zur Kommunikation der Landesvorstände mit ihren Mitgliedern und wiederholt zum ipb-Fortbildungskonzept für Landesgruppen.

Die BAG arbeitet darüber hinaus an den Themen Regionalgruppen und Netzwerke in den Landesgruppen, Einbindung der Delegierten

in die Länderarbeit, sinnvolle Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit etc.

Die BAG Länder schaut immer wieder auf die Schnittstelle Haupt- und Ehrenamt im BdB, damit die Zusammenarbeit weiterhin professionell und im Sinne unser gemeinsam gesteckten Ziele funktioniert.

Im Jahr 2018 fanden 2 Termine der **BAG Vereine** statt. Dabei erfolgte vor allem eine Auseinandersetzung mit der Vergütungssituation, vor allem auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen einer tarifgebundenen Finanzierung von Personal. Dabei wurden Vorschläge für eine Vergütungsreform unter Berücksichtigung der für die Betreuungsvereine bestehenden Besonderheiten in Analogie zur Finanzierung des Personals im öffentlichen Dienst erarbeitet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Standpunkte wurden im Rahmen von Kontakten zu anderen Organisationen und Betreuungsvereinen – z.B. einer Podiumsdiskussion in Bad Honnef – eingebracht.

Die Aufgaben der **BAG Mitglieder und Service** bestehen darin, die Mitgliederorientierung in der Verbandsarbeit auf allen Ebenen in den Fokus zu stellen sowie den Service und die Dienstleistungen für die Mitglieder auszubauen. 2018 fanden zwei Sitzungen statt. Themenschwerpunkte waren der Ausbau des Services für unsere Mitglieder, die Entwicklung eines Merkblattes zum Verhältnis zwischen Betreuern und Behörden in Zusammenarbeit mit unserem Juristen Kay Lütgens und die Bewertung einer Broschüre zum Berufsausstieg von Berufsbetreuern.

Die **BAG Kommunikation** unterstützt bei der stetigen Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Die BAG trat in 2018 nicht zusammen.



Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle im September 2018: v.l.n.r. Dörthe Elter, Martina Fischer, Judith Grabe-Scholl, Tanja Brinkmeier, Kay Lütgens, Andrea Beckmann, Dirk Brakenhoff, Jana Tiemann, Ina Hellmers, Christiane Schabacker, Dr. Harald Freter (es fehlt: Rachel Fey)

Die **AG Datenschutz** wurde angesichts des Wirksamwerdens der DSGVO vorübergehend eingerichtet und hat zahlreiche Formulare und Arbeitshilfen für Betreuungsbüros entwickelt. Diese hat der BdB in seinem internen Bereich für Mitglieder auf der Website veröffentlicht. Mitglieder der AG waren Hennes Göers, Wilk Spieker, Stefan Böck und Stefan Stroh.

**AG Politischer Extremismus im Betreuungskontext.** Angesichts von Anfragen aus den Landesgruppen zum Umgang mit politischen Extremen hatte diese Arbeitsgruppe den Auftrag, eine Empfehlung für den Länderrat zu erarbeiten. Diese wurde dem Länderrat im September vorgelegt und von diesem nach ausführlicher Diskussion noch einmal zurück verwiesen. Mitglieder dieser AG waren Hennes Göers, Harald Kalteier und Fred Fiedler.

### Landesgruppen

Die 16 Landesgruppen und ihre landespolitische Arbeit gewinnen immer mehr an Bedeutung für unsere gesamtpolitischen Ziele als Verband. Die zunehmende Politisierung der Landesgruppen und die beständige Lobbyarbeit wirken nachhaltig auch in die fachpolitischen Gremien der jeweiligen Länder. Immer mehr Vertreter/innen der Landesvorstände werden zu Anhörungen in Landtage oder Ausschüsse eingeladen oder um Stellungnahme gebeten. In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle konnten 2018 sieben Stellungnahmen in die Landespolitik eingebracht werden (vorheriger Abschnitt „Stellungnahmen“).

Auch die Suche der Landesgruppen nach Bündnispartnern in Sachen Vergütungserhöhung und Reform fällt mehr und mehr auf fruchtbaren Boden.

Jede Landesgruppe hat einen eigenen drei- bis siebenköpfigen Vorstand, bei dem die Funk-

tion des Sprechers und des Finanzverantwortlichen vergeben wird. In vielen Landesgruppen gibt es darüber hinaus auch Verantwortliche für Mitgliederbetreuung, Kampagnenkoordination, Pressearbeit und Fortbildungen. Jede Landesgruppe verfügt über ein Budget in Eigenverantwortung, sechs beschäftigen hier für eine Verwaltungskraft.

Die Landesgruppen kommunizieren regelmäßig mit ihren Mitgliedern auf Veranstaltungen, über Newsletter oder kurze Rundmails.

Sie präsentieren ihre Arbeit als Repräsentanten des BdB auf Messen, Betreuungsgerichtstagen und anderen Veranstaltungsformaten.

### Dienstleistungen & Service

#### Geschäftsstelle

Ende 2018 waren in der Bundesgeschäftsstelle des BdB zwölf angestellte Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Das am 1.4.2016 ausgegründete Institut mit vier Mitarbeiter/innen hatte zwei Büroräume angemietet, wofür ein Untermietvertrag abgeschlossen wurde. Außerdem nutzte das Institut tageweise den Seminarraum und die technische Infrastruktur, worüber ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wurde.

### Mitgliederversammlungen der Landesgruppen:

Bundesland	Datum
Baden-Württemberg:	26.10.2018
Bayern:	16.11.2018
Berlin:	27.08.2018
Brandenburg:	12.03.2018
Bremen:	07.11.2018
Hamburg:	22.03.2018 & 01.11.2018
Hessen:	01.02.2018
Mecklenb.-Vorpommern:	25.06.2018
Niedersachsen:	14.06.2018
Nordrhein-Westfalen:	03.03.2018 & 10.11.2018
Rheinland-Pfalz:	06.07.2018 & 30.11.2018
Saarland:	11.04.2018 & 23.08.2018
Sachsen:	21.03.2018
Sachsen-Anhalt:	06.06.2018
Schleswig-Holstein:	01.06.2018
Thüringen:	14.03.2018

	Wochenstd.
Dr. Harald Freter, Geschäftsführer . . . . .	38,5
Judith Grabe-Scholl, Referentin der Geschäftsführung . . . . .	30
Jana Tiemann, Öffentlichkeitsarbeit . . . . .	22
Maren Einfeldt, Honorarkraft Öffentlichkeitsarbeit (37,5 Std/Monat)	
<b>Verwaltung</b>	
Andrea Beckmann, Verwaltungsleitung . . . . .	30
Tanja Brinkmeier, Empfang/Mitgliederverwaltung . . . . .	20
Martina Fischer, Qualitätsregister, Beschwerdemanagement . . . . .	26
Rachel Fey, Länderverwaltung (ab 1.4.2018) . . . . .	20
Christiane Schabacker, Rechnungswesen, Beitragsverwaltung . . . . .	25
Dörthe Elter, Empfang, Technik . . . . .	30
<b>Fachreferate</b>	
Ina Hellmers, Länderpolitik, Kampagnen, Vertretung materieller Interessen . . . . .	27,5
Dirk Brakenhoff, Grundsatzfragen . . . . .	27,5
Kay Lütgens, Recht . . . . .	27,5

## Verwaltung

Die Verwaltung – als Dienstleistungszentrum für Mitglieder und Partner – stellt die Grundfunktionen im Verbandsgeschehen sicher und gewährleistet einen reibungslosen Betriebsablauf.

Hierzu gehören die Bereiche Empfang, Telefondienst, Mitglieder- und Beitragsverwaltung, Rechnungswesen, Buchhaltung, Controlling, Datenschutz, Technik, Post, Qualitätsregister, Beschwerdemanagement, Veranstaltungsorganisation und die Verwaltung der Landesgruppen. In 2018 wurde die Position der Verwaltung der Landesgruppen neu besetzt.

In der Verwaltung ist die digitale Veränderung ein besonders relevantes Thema. Seit 2018 wird jegliche Korrespondenz mit Mitgliedern und Teilnehmern per E-Mail, wenn vorhanden, geführt. Aus unserer Datenbank wird der Versand von personalisierten E-Mails mit personalisierten PDF-Anhängen ermöglicht. Dank dieser technischen Neuerung spart der BdB jährlich Kosten im fünfstelligen Bereich. Sie hat sich bereits im ersten Jahr der Anschaffung amortisiert.

Die verstärkte Ausrichtung auf die Mitgliederbedürfnisse zeigt sich in der Verwaltung in unterschiedlichen Maßnahmen. Neue Mitglieder werden willkommen geheißen, damit sie sich so schnell wie möglich in der Gemeinschaft der Berufsbetreuer aufgenommen fühlen. Dazu gehört das Begrüßungsschreiben mit Nennung des persönlichen Ansprechpartners in der Landesgruppe (LG-Sprecher) ebenso wie die Übermittlung von neuen Mitgliedern und Vereinsjubilaren an die Landesgruppenvorstände zur Kontaktaufnahme bzw. Gratulation.

## Datenschutz

Das Wirksamwerden der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) am 25. Mai 2018 hat wie keine andere Gesetzgebung zuvor große Kapazitäten in Anspruch genommen. Der BdB muss generell sicherstellen, dass personenbezogenen Daten auf der Grundlage neuester Gesetze und Richtlinien rechtskonform verarbeitet werden. Wir müssen die komplexen Anforderungen an einen wirksamen Datenschutz in unsere Betriebsabläufe integrieren.

Um einen hohen Qualitätsanspruch im Datenschutz zu gewährleisten, hat der BdB einen externen Datenschutzbeauftragten (Thomas Roeske von der Firma intersoft consulting)

engagiert und das Thema auf der Leitungsebene verankert.

Unsere Mitglieder können sich weiterhin auf unseren hohen Standard beim Datenschutz verlassen. Neu sind für den BdB die stark erweiterte Dokumentations- und Nachweispflicht, Risikobewertungen und Risikofolgeabschätzungen, striktere Löschpflichten und strengere Anforderungen bei der Auftragsdatenverarbeitung.

Die Arbeit wird uns hier nicht ausgehen, denn erst gerichtliche Entscheidungen bis zum Europäischen Gerichtshof werden Klärungen und Ergänzungen zum bisherigen Regelwerk in Europa und Deutschland bringen.

## Qualitätsregister

Qualität sichtbar machen und zeigen! Dafür haben sich auch in 2018 wieder viele Betreuer und Betreuerinnen entschieden. Mit einem Zuwachs von 69 Neuanmeldungen verzeichnete das Qualitätsregister Ende Dezember 2018 stolze 706 Registrierte. Ein Aufwärtstrend, der sich seit 2014 hält. Es gab lediglich 34 Kündigungen, die überwiegend aus Altersgründen oder aufgrund von Berufsaufgabe erfolgten.

Die Ende November erstmalig gestartete Weihnachtsaktion ist auf großes Interesse gestoßen. 15 BdB-Mitglieder haben sich für das Jahr 2019 registrieren lassen und den Dezember als einen zusätzlichen kostenlosen Monat in Anspruch genommen.

## Beschwerdestelle

In diesem Jahr sind bei der BdB-Beschwerdestelle insgesamt 58 Beschwerden eingegangen. Dabei betreffen 25 Beschwerden BdB-Mitglieder und QR-Registrierte und neun Beschwerden waren anonym, das bedeutet, dass der Name des/der Betreuers/Betreuerin ungenannt blieb. Weiterhin haben 24 Personen die Beschwerdestelle kontaktiert, um sich über Betreuer/innen zu beschweren, die weder BdB-Mitglied noch im Qualitätsregister registriert sind. Die Beschwerdekanaäle Telefon und E-Mail werden am meisten und in gleichem Maße genutzt, handschriftliche Beschwerden per Fax und Brief etwas weniger.

Sofern die Beschwerdeführer sich schriftlich mit dem BdB-Beschwerdeprozess und den Datenschutzbestimmungen einverstanden erklären, bietet der BdB an, ortsnah zu schlichten und zu vermitteln. Dabei werden die Fälle aus berufsfachlicher Sicht beurteilt, eine juristische und zivilrechtliche Klärung ersetzt unser Service nicht. Das BdB-Beschwerdemanagement

verfügt über 25 Schlichter und Schlichterinnen im gesamten Bundesgebiet und bedankt sich für die neun erfolgreich geführten Schlichtungen. Nicht erfolgreiche Schlichtungen wurden von unseren Mitgliedern der Beschwerdestelle nach Vorbereitung durch ein/e regional zuständige Berichterstatter/in auf ihren Sitzungen behandelt und zu einer Entscheidung über die je zugrunde liegende Beschwerde gebracht. Davon waren 14 Beschwerden aus 2017 und 2018 betroffen.

## Fachberatung für Mitglieder

Der BdB kann inzwischen auf sechs Jahre Fachberatung zurückblicken. Dieses Angebot ist in der Betreuungslandschaft einmalig. Das Team der Fachberater/innen steht unseren Mitgliedern dreimal fünf Stunden pro Woche für eine telefonische Fachberatung zur Verfügung. Die Anrufer kommen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter viele Berufsanfänger/innen aber auch immer mehr erfahrene Berufsbetreuer/innen. Durchschnittlich sieben Anrufe gehen pro Tag ein. Beratungsthemen sind u.a.: allgemeine Betreuungsaufgaben, das Verhältnis zu Klient/innen, Angehörigen, (Betreuungs-)Behörden, Gerichten etc., Fragen zur Vergütung, Umsatzsteuer, Versicherung und Haftung. Auch zur Methodenanwendung in Rechtsfragen gibt es Beratungsbedarf.

Die betriebswirtschaftliche Beratung wird noch zaghaft aber stetig mehr in Anspruch genommen, vor allem Berufsanfänger/innen sind dankbar für diesen Service. Die erfahrenen Berater/innen beantworten Fragen, die die Rahmenbedingungen (z.B. Rechtsform), die Finanzplanung (z.B. Einnahmen und Ausgaben) oder die Betriebs- und Büroorganisation (z.B. Buchführung, Dokumentation) oder steuerliche Fragen betreffen.

Ein besonderer Service: Um komplexere unternehmerische Fragen in Ruhe zum gewünschten Zeitpunkt besprechen zu können, bieten die Berater/innen an, sich mit Ihnen zu einem strukturierten telefonischen Beratungsgespräch (ca. 1 Stunde) zu verabreden. Wir wollen die individuelle ‚Unternehmensberatung‘ weiter ausbauen und unsere Mitglieder vor allem zum Thema Berufsausstieg – Betriebsübergabe – Berufseinstieg fachlich begleiten.

Die Fachberater/innen erfassen jedes Gespräch in Form einer anonymen Gesprächsdokumentation. Diese werden statistisch ausgewertet. Zweimal pro Jahr findet das Fachberater/innen-Treffen für die Einsatzplanung, Fallbespre-

chung und Weiterbildung in der Geschäftsstelle in Hamburg statt.

### **Verbandsjurist/Rechtsberatung**

Auch in diesem Jahr wurden wieder zahlreiche Mitgliedernfragen zu betreuungsrechtlichen Fragestellungen beantwortet. Daneben erfolgte vor allem eine Mitarbeit an diversen Stellungnahmen des Verbandes. Dabei lag ein Schwerpunkt auf Stellungnahmen und Vorschlägen in Zusammenhang mit der nach Fertigstellung der ISG-Studie in Aussicht stehenden Reform des Betreuungsrechts, zu der beim BMJV mehrere Arbeitsgruppen zu einzelnen Teilbereichen, wie z.B. zur Qualitätsentwicklung und zur Betreuervergütung, eingesetzt wurden.

### **Kooperationspartner**

Von der Zusammenarbeit des BdB mit seinen Kooperationspartnern profitieren BdB-Mitglieder durch zahlreiche attraktive Angebote und Sonderkonditionen. Die Kooperationspartner sind LOGO Datensysteme GmbH, die GL Versicherungsmakler GmbH, das Software- und Beratungsunternehmen prosozial GmbH, die Beihilfeberatung MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH und Liebmann und Bergmann Nachlassermittlungen GbR sowie der Bundesanzeiger Verlag. In Kooperation mit dem BALANCE buch + medien verlag gab der BdB ab 2018 das Jahrbuch des BdB erstmals heraus. Die Werbeagentur mediamor bietet als Partner des BdB für Mitglieder günstige Homepages sowie Gestaltung und Herstellung von Geschäftsdrucksachen an.

### **Wissen weitergeben/Wissen & Netzwerk**

#### **BdB-Jahrestagung 2018**

Mit dem Motto „Jetzt erst recht: Das Überleben der beruflichen Betreuung sichern!“ rückte der BdB seine Reaktion auf die betreuungspolitische Entwicklung seit Vorlage der Ergebnisse der BMJV-Studie ins Zentrum seiner Jahrestagung 2018.

Gemäß dieses Mottos und auch mit Blick auf die vorliegenden Ergebnisse der BMJV-Studie zur Qualität in der rechtlichen Betreuung betonte Thorsten Becker gleich zu Beginn der Veranstaltung, dass der BdB die Weiterentwicklung der Qualität in der Betreuung schon immer als ein Kernziel seiner Arbeit verstanden und entsprechend forciert habe. Der Verband würde sich gerne auch weiter mit voller Kraft diesem großen und vielschichtigen Thema widmen. Realität sei aber, „dass wir erst unseren Berufsstand sichern müssen“. Einige Berufsbetreuer und Betreuungsvereine

hätten aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen bereits aufgeben müssen. Für diejenigen, welche weitermachen, gelte: „Jetzt erst recht. Wir kämpfen für Qualität und leistungsgerechte Bezahlung.“

Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley (SPD) unterstützte mit Ihrem Grußwort, das durch die Leiterin der Abteilung I, Bürgerliches Recht, Ministerialdirektorin Beate Kienemund überbracht wurde, die Forderungen des BdB, indem sie betonte, dass es eine angemessene Vergütung brauche, die der weitreichenden Aufgaben der Betreuerinnen und Betreuer gerecht werde. Außerdem kündigte sie einen Diskurs an zu „Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht“ mit Start im Sommer 2018. Dabei sei das Ministerium auf die Erfahrung und das Praxiswissen des BdB angewiesen.

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) gab in seinem Grußwort die Zusage, die Länder wollten die Vergütungsfrage nicht „auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben“. Allerdings käme er „mit leeren Taschen.“

Weitere Grußworte wurden von Peter Winterstein, dem Vorsitzenden des Betreuungsgerichtstages e.V. sowie Ruth Fricke vom Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V. und Petra Godel-Ehrhardt für den Dachverband Gemeindepsychiatrie überbracht.

Mit Andrea Fischer, Bundesgesundheitsministerin a.D., konnte der BdB eine prominente Eröffnungsrednerin gewinnen. In Ihrem Vortrag machte sie deutlich: Das finanzielle Ausbluten von Betreuungsleistungen führe dazu, dass Deutschland seinen Verpflichtungen gegenüber Menschen mit Unterstützungsbedarf nicht nachkomme. Mit Fokus auf das Thema Selbstbestimmung spannte Andrea Fischer in ihrem Vortrag insgesamt den Bogen von der Psychiatrie-Enquete über die UN-Behindertenrechtskonvention bis zum Bundesteilhabegesetz – und lobte in diesem Zusammenhang den BdB als wichtigen Akteur in puncto Selbstbestimmung. Beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer seien für sie daher „Heldinnen und Helden des Selbstbestimmungsrechts von Menschen mit Behinderung“.

Über den thematischen Fokus hinaus behandelte die Jahrestagung 2018 in Arbeitsgruppen und Foren ein breites Spektrum an betreuungsrelevanten Themen. In 13 Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer/innen unter anderem über den Umgang mit Klient/innen mit Persön-

lichkeitsstörungen in der Betreuung, über die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung auf die Betreuungsarbeit und die Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes auf die Betreuungspraxis oder auch die Methode des Besorgungsmanagements als Überlebensstrategie für Betreuerinnen und Betreuer.

Im Rahmen der Foren, die als größere Diskussionsveranstaltungen mit kurzen fachlichen bzw. politischen Inputs konzipiert sind, befassten sich die Teilnehmer/innen mit der Zukunft der Betreuung nach der BMJV-Studie und der Bundestagswahl sowie neuen Modellen für eine Änderung des Vergütungssystems, der Betreuung im Spannungsfeld zwischen Schutz- und Freiheitsrechten und den Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes und der unabhängigen Teilhabeberatung auf die Betreuungspraxis.

Auf dem abschließenden Podium diskutierte Thorsten Becker mit Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen), die als einzige Bundespolitikerin zur Tagung gekommen war, sowie Prof. Dr. Dagmar Brosey (TH Köln), Ministerialdirigent Dr. Johannes Christian Wichard vom BMJV und Ulrich Engelfried (Betreuungsrichter am Amtsgericht Hamburg-Barmbek) zum Thema „Das Überleben der beruflichen Betreuung sichern: Beitrag der Politik in der aktuellen Legislaturperiode“.

Insgesamt hat die Jahrestagung gezeigt, dass die Argumente für mehr Zeit und Vergütung sowie Qualitätsreformen mit den Studienergebnissen deutlich an Gewicht gewonnen haben.

### **Kampagne & Kommunikation**

Der Verband hat in 2018 im Vergleich zum Vorjahr rund 40 Prozent mehr Nutzer, Zuschauer und Hörer mit seinen Themen erreicht. Ein Grund dafür ist, dass der Bereich Kampagne noch stärker auf medienwirksame Fotomotive sowie die Schaffung von Anlässen zur Berichterstattung geachtet hat. Auf Basis der Vorarbeiten und aufgrund der Haltung der Politik haben wir 2018 verstärkt auf Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit der allgemeinen Öffentlichkeit gesetzt.

Dafür haben die Beteiligten die Bereiche Kampagne (Ina Hellmers) und Öffentlichkeitsarbeit (Jana Tiemann) bereits seit 2017 stärker miteinander vernetzt. Diese Arbeitsweise hat nicht zuletzt schnellere und flexiblere Reaktionen ermöglicht und zudem ein noch aktiveres Vorgehen. Gemeinsam haben beide Bereiche sich bemüht, stärker Bedürfnisse und Initiativen der Mitglieder aufzunehmen und aus

fachlicher Sicht zu bewerten: was ist unter den gegebenen Umständen sinnvoll, welche Maßnahmen werden Aufmerksamkeit und die gewünschte Reaktion bringen?

### „Baustelle Betreuung“

Die aktuelle Kampagne 2018/2019 startete auf der Jahrestagung 2018 in Berlin. Fast alle Teilnehmer/innen aus den Landesgruppen bauten sich zum professionellen Fotoshooting mit Helmen, Westen, Schaufeln, Bannern und Fahnen ihre eigene Baustelle. Vor dem gemieteten ‚Bagger‘ in Szene gesetzt, entstanden so eine Fotogalerie und die nötige Motivation für die Aktionen im Laufe des Jahres. Zu diesem Anlass und für weitere Kampagnenaktionen wurden für die Aktiven Leitfäden zum Thema Social-Media und Twitter bereitgestellt. Da der BdB auf der Baustelle Betreuung bis dahin weitestgehend ohne die Politik stand, beabsichtigte der Verband, es

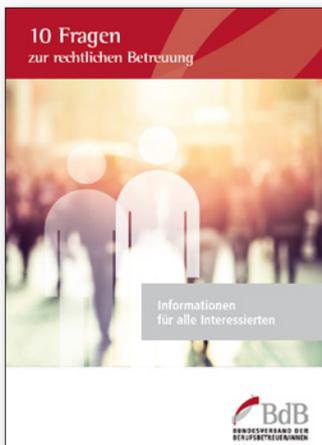
der Politik auf der Plattform, welche sie und Journalisten nutzen, unbequem zu machen: auf Twitter. Mit dem Startschuss der Kampagne hat der BdB seine Twitter-Aktivität stark erhöht und das Medium systematisch genutzt.

### Aktionsmaterial

Baustellenschild, Helme und Westen haben wir für zahlreiche Aktionen in diesem Jahr verschickt und verwendet. Als Orientierung für Aktive wurden im Kampagnenleitfaden 2018/19 alle Aktionsfelder und Aktionsmaterialien vorgestellt. Auf der zur Jahrestagung gestarteten Kampagnen-Website [www.baustelle-betreuung.de](http://www.baustelle-betreuung.de) können weiterhin Checklisten, Hintergrundinfos und Vorlagen heruntergeladen werden.



Kampagnenflyer



Factsheet – 10 Fragen zur rechtlichen Betreuung



Teilnehmer der Baustelle Betreuung mit Weste, Helm und Baustellenutensilien

### Der erste öffentliche Einsatz: Justizministerkonferenz im Juni

Bei der Frühjahrskonferenz der Justizminister/innen auf der Wartburg bei Eisenach hat eine Delegation des BdB eine Petition übergeben. Der Beschluss, welchen die Minister und Ministerinnen dann dort fassten, war ein ‚Nackenschlag‘ für alle Berufsbetreuer/innen. Betreuung könne jeder, der seine eigenen Angelegenheiten regeln kann, war der Tenor: Eine ungeheure Respektlosigkeit gegenüber denen, die diesen Beruf mit viel Engagement und Professionalität ausüben und letztlich auch gegenüber Ihren Klientinnen und Klienten,

die auf professionelle Betreuung angewiesen sind. Wir haben uns daraufhin entschieden, den Ton gegenüber der Politik zu verschärfen und den Druck in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Vor allem in der Medienarbeit und auf Twitter spitzten wir Formulierungen zu und boten noch offensiver Journalisten an, Betreuer/innen zu begleiten und den Berufsalltag kennenzulernen. Zahlreiche Mitglieder haben sich angeboten und die Medienarbeit mit hohem Einsatz unterstützt. Aber für die Respektlosigkeit und Verantwortungslosigkeit der Landespolitik brauchte es eine direkte Antwort:



Eine spontane Aktion an der Auffahrt zur Wartburg mit Übergabe der Petition an Minister Dieter Lauinger (Vorsitzender der Jumiko)

**Zweite Justizministerkonferenz in Berlin**  
 Diese Entgegnung gab es zum Anfassen für die Justizminister/innen vor ihrer Herbstkonferenz am 15.11.2018 in Berlin.

Mit dem Aufruf an unsere Mitglieder zur Teilnahme an dem Protest in Berlin hatten wir die Bitte verbunden, uns etwas mitzugeben für das Übergabe-Paket: eine kurze, anonymisierte Fallbeschreibung von einer Betreuung, welche die Komplexität ihrer Arbeit sichtbar macht. Innerhalb weniger Tage haben unsere Mitglieder uns ihre herausforderndsten Fälle geschrieben: wir haben daraus eine beachtliche Sammlung von 333 Praxisfällen gebunden.

Unter dem Motto „Betreuung kann nicht jeder!“ versammelten sich am 15.11. knapp 100 Betreuer aus ganz Deutschland vor der Thüringischen Landesvertretung. Thorsten Becker gab dem Vorsitzenden der Konferenz, Thüringens Justizminister Dieter Lauinger (Bündnis 90/Die Grünen), seine Forderungen für bessere Rahmenbedingungen in der rechtlichen Betreuung und die Sammlung der Fallgeschichten. Sie belegen eindrucksvoll, wie komplex die Einzelschicksale sind und wie viel Know-how Berufsbetreuer benötigen, um die Rechte ihrer Klienten durchzusetzen.

Der WDR drehte live vor Ort und führte mit Thorsten Becker ein Interview für die Sendung „Westpol“.

**Tage der offenen Tür**

Nicht nur mit Protest, sondern auch Offenheit, Professionalität und Information sind wir der Diffamierung und Desinformation mancher Landespolitiker entgegengetreten. Dafür haben wir die Landesgruppen gebeten, in ihre Betreuungsbüros einzuladen und sie dabei unterstützt.

Den Auftakt für diese Aktionsreihe machte die Landesgruppe Hessen. Am 14.09. öffnete Eberhard Marten die Türen seines Betreuungsbüros in Ranstadt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Betreuungsbehörde und -vereinen geplant und durchgeführt. Rund 60 Gäste kamen – darunter viel politische Prominenz, wie Bürgermeisterin, Staatsministerin, Landtagskandidaten, Sozialdezernentin. Die guten Kontakte zur Presse erbrachten mehrere Vorberichte in der Lokalzeitung. Unser Fazit für dieses Aktionsformat: Ein voller Erfolg und wir haben unsere Ziele erreicht:

- Positives und professionelles Image von Berufsbetreuung vermitteln



Aus allen Teilen der Republik kamen Mitglieder, um vor der JuMiKo zu demonstrieren.



Vertreter des BdB übergeben 333 Fallstudien der Mitglieder an den JuMiKo-Vorsitzenden Dieter Lauinger.

- Transparenz schaffen zu rechtliche Betreuung
- Service für Bürgerinnen und Bürger anbieten
- Schulterchluss mit anderen ‚Playern‘ in der Betreuungslandschaft
- Vernetzung der politischen Vertreter/innen ermöglichen

**Übersicht Tage der offenen Tür in 2018**

Datum	Ort	Betreuungsbüro
09.09.2019	Hannover	Martina Schulz-Polat
14.09.2019	Randstadt	Eberhard Marten
21.09.2019	Anklam	Manfred Wegner



Beim Tag der offenen Tür in Randstadt im Büro von Eberhard Marten (stellvertretender Landessprecher BdB Hessen)



Auch das Büro des Berufsbetreuers Manfred Wegner in Anklam öffnete seine Türen.

In Niedersachsen lud am 9. September 2018 Martina Schulz-Polat Interessierte und Politiker/innen in ihr Betreuungsbüro nach Hannover ein.



Tom Arenski und Simone Bradtka am Messestand der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern bei der Pflegemesse in Rostock

## Teilnahme an Messen

### Pflegemesse in Rostock

Die BdB-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern war im September erstmals auf der „PflegeMesse Rostock“ drei Tage lang mit einem eigenen Stand präsent.

Neben allgemeinen Informationen rund um das Thema Betreuung standen auch die Aktivitäten und Forderungen im Rahmen der Kampagne „Baustelle Betreuung“ im Fokus. Die Landesgruppen-Vorstandsmitglieder Isabel Simon (Sprecherin), Andrea Klein und Tom Arenski leisteten mit ihren Kolleg/innen Simone Bradtka, Marita Hensel-Stemmler und Thomas Schulz im Wechsel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit.

### Messe Consozial in Nürnberg

Die ConSozial ist Deutschlands größte Fachmesse für den Sozialmarkt. Auch zum 20. Jubiläum war der BdB wieder vertreten. Dieses Jahr ganz unter dem aktuellen Kampagnen-Motto „Baustelle Betreuung“. An den beiden Messetagen 7. und 8. November informierten Mitglieder der BdB-Landesgruppe Bayern über die Arbeit des Verbandes.

Der BdB begrüßte am Messestand zahlreiche Politiker. Unter anderem besuchte die bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Kerstin Schreyer (CSU), im Rahmen des traditionellen Messerundgangs den BdB-Stand. Im Sommer hatte sich die Sozialministerin bei einem Treffen mit der Landesgruppe bereits über die Nöte der Berufsbetreuer/innen informiert und Unterstützung innerhalb ihrer Ressortzuständigkeit zugesagt.



Staatsministerin Kerstin Schreyer (CSU) im Gespräch mit Jochen Halbreiter und Brigitte May (beide BdB), v.r.n.l.

### Weitere Aktionsfelder

Für alle BdB-Mitglieder wurde eine Mitmachaktion konzipiert unter dem Motto „Weiterbildung für Justizminister“. Der Anlass: Die Justizminister/innen hatten im Juni 2018 beschlossen, Betreuung könne jeder, der in der Lage ist, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln. Offensichtlich haben die Minister/innen keine Vorstellung davon, wie Betreuungstätigkeit real aussieht und mit welchen Anforderungen diese verbunden ist. Ein Aktionsbrief diente den Mitmachern als Vorlage mit der Bitte, diesen mit einem realen Betreuungsfall zu ergänzen und an ihre/n jeweilige/n Landesjustizminister/in zu schicken. Diese Möglichkeit mitzumachen, fand viel positive Resonanz bei unseren Mitgliedern.

### Projekt Mitgliederorientierung

Den Grundstein für eine Neuausrichtung haben Vorstand und Geschäftsstelle mit den strategischen Workshops unter externer Moderation gelegt. Im September haben wir uns in die Perspektive unserer Stakeholder versetzt, ihre Bedürfnisse versucht zu erfassen und die Gruppen für den BdB priorisiert. Hier haben wir bereits deutliche Hinweise für ein künftiges Kommunikationskonzept erhalten, welche in die laufende Öffentlichkeitsarbeit und in die weiteren Geschäftsstellenbereiche hineingeflossen sind.

Nach der Perspektive der Stakeholder haben Vorstand und Referenten der Geschäftsstelle im September in einem weiteren Workshop die Mission und Vision des BdB erarbeitet. Wer ist der BdB derzeit? Wo kommt er her? Wo wollen wir als Verband hin? Was ist unser Auftrag? In einer sogenannten „Change Story“ haben wir die strategischen Planken dieses Veränderungsprozesses gegossen. Wie wir die dort formulierten Ziele erreichen wollen, haben wir in einem weiteren Workshop Anfang 2019 in Form von Handlungsfeldern erarbeitet. Das dialogorientierte Kommuni-

kationskonzept soll 2019 von der Öffentlichkeitsarbeit vorgelegt werden.

Neben dieser strategischen Arbeit wurden die Ergebnisse parallel bereits in nahezu allen Kanälen in der täglichen Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt. Zahlreiche kleinere Konzepte wurden erarbeitet, um die Kommunikation des BdB dialogorientiert weiterzuentwickeln.

Das Projekt **„Mitgliederorientierung“** ist abschließend mit der „Change Story“ in die Routine überführt worden. Die lange Liste von Maßnahmen des Projektes verteilt sich auf unterschiedliche Bereiche der Geschäftsstelle und des Verbandes insgesamt. Die Veränderungen in den einzelnen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit lesen Sie bitte untenstehend.

## Öffentlichkeitsarbeit

### Seminar Öffentlichkeitsarbeit

Um in der Öffentlichkeit noch sichtbarer zu werden und noch mehr Präsenz in den Medien zeigen zu können, hat die BAG Länder den Landesgruppen empfohlen, die Position der Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. Zur Vermittlung des nötigen KnowHows wurde ein zweitägiges Seminar in Hamburg angeboten. 12 Teilnehmer/innen folgten der Einladung und erarbeiteten die Grundlagen der Pressearbeit. Gemeinsam wurde an der Redaktionskonferenz des „Hamburger Abendblattes“ teilgenommen und dort die aktuelle politische Situation für das System Betreuung diskutiert. Es wurden Übungs-Pressemeldungen geschrieben und gemeinsam verbessert. In einem Rollenspiel wurde der Anruf bei Journalisten („Karla Kolumna“) geübt. Für die anstehenden Tage der offenen Tür wurde die Checkliste ver-

vollständig und die Medienansprache entwickelt. Zum Abschluss hat die Gruppe diskutiert, wie sie gemeinsam arbeiten möchte.

Für einen transparenten Austausch wurde die Plattform Trello eingeführt. Das Seminar wird auch 2019 wieder angeboten, mit einem etwas anderen Programm.

### Externe Unterstützung

Die Öffentlichkeitsarbeit des BdB wurde 2018 durch zwei PR-Agenturen und einen IT-Dienstleister unterstützt. Die Hamburger Agentur ah kommunikation war für die redaktionelle Erstellung der Verbandszeitschrift *bdbaspekte* (exklusive des Teils forum & fakten) zuständig. Zudem hat sie den Bereich Kampagne unterstützt, die Website „www.baustelle-betreuung.de“ aufgebaut und verschiedene Flyer sowie Factsheets nach Vorgabe der Geschäftsstelle überarbeitet. Die Agentur hat zudem in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Konzept, Layout und Abläufe rund um den ab April 2019 erscheinenden Newsletter entwickelt.

Die Berliner Agentur nic communication & consulting wirkte an der Unterstützung der Presse- und Medienarbeit des Verbandes mit, wobei ein Schwerpunkt in 2018 auf das Lancieren von Artikeln in Leitmedien sowie der Begleitung der Kampagnen lag. Auch organisierte, moderierte und protokollierte Frau Melzer von nic die monatliche Telefonkonferenz, an der Mitglieder der Landesgruppenvorstände, aus dem Bundesvorstand und aus der Geschäftsstelle teilnehmen.

Die Firma mediamor aus Cuxhaven layoutet und setzt nach den redaktionellen Vorgaben des BdB den Teil forum & fakten der Verbandszeitschrift *bdbaspekte*. Außerdem war mediamor zuständig für deren Druck und Vertrieb

und war IT-Dienstleister, zum Beispiel für zwei der drei Internetportale des BdB ([bdb-ev.de](http://bdb-ev.de) / [bdb-qr.de](http://bdb-qr.de)).

### Internet

Der BdB hat 2018 drei Websites betrieben: die des Verbandes ([www.bdb-ev.de](http://www.bdb-ev.de)), die des Qualitätsregisters ([www.bdb-qr.de](http://www.bdb-qr.de)) und die Kampagnen-Website [www.baustelle-betreuung.de](http://www.baustelle-betreuung.de). Im Juli wurde die Startseite von [www.bdb-ev.de](http://www.bdb-ev.de) komplett überarbeitet. Ziel war eine modernere, aufgeräumtere Seite. Die Informations-Bedürfnisse der Mitglieder sollten noch mehr erfüllt werden. Insgesamt sollte das Profil des BdB deutlicher erkennbar sein. Es wurde damit begonnen, die Homepage konzeptionell weiter zu entwickeln. Ein Archiv wurde geschaffen, der Terminkalender wird nun mit mehr Terminen als zuvor gefüllt. Unterseiten mit neuen Inhalten wie „Berufsalltag“ und „Datenschutz“ entwickelt. Für den akademischen Bereich und Informationen zum Fachwissen wurden neue Seiten entwickelt, die 2019 online gehen. Konzepte und Positionen wurde neu strukturiert. Der interne Bereich für Mitglieder wurde weiter aufgebaut. Für die Landesgruppen wurde die Möglichkeit einer Karte des regionalen Netzwerkes geschaffen, so beispielsweise als erstes für Niedersachsen.

### Print

2018 erschienen vier Ausgaben der Verbandszeitschrift *bdbaspekte*. Konzeptionell ist damit begonnen worden, die *bdbaspekte* kontinuierlich service- und praxisorientierter auszurichten. Zudem sollen auch in der Mitgliederzeitschrift mehr Gesichter von Berufsbetreuern zu sehen sein. Das Magazin will näher an den Arbeitsalltag seiner Leser rücken. Die Verbandszeitschrift hat so ein Thema aufgegriffen, welches in den Landesgruppen diskutiert wurde: die Berufsidealität. Dafür hat die Geschäftsstelle bei der Jahrestagung 2018 eine erste Abfrage an einer Metaplanwand gestartet, um dann das Thema strukturiert in Verbindung mit dem zu überarbeitenden Berufsbild und dem Reformprozess zu diskutieren. Nach dem Hinweis von einigen Mitgliedern erscheint die *bdbaspekte* nun umweltschonend in einer Hülle aus Recyclingpapier statt Plastik.

Im Bundesanzeiger Verlag erscheint die Zeitschrift *BtPrax*, in deren Herausgeberbeirat der BdB durch seinen Vorsitzenden Thorsten Becker und dessen Vorgänger Klaus Förter-Vondy vertreten ist. *BtPrax* erscheint sechsmal im Jahr. Darin veröffentlicht der BdB regelmäßig eigens verfasste, aktuelle Verbandsinformationen.



„Karla Kolumna“ interviewt den BdB-Vorsitzenden Thorsten Becker.

### Flyer und Factsheets

Zahlreiche Flyer und Factsheets wurden überarbeitet. Ganz neu entwickelt wurde das Factsheet „10 Fragen zur rechtlichen Betreuung“, welches sich vor allem an die Öffentlichkeit wendet und die wichtigsten Fragen zu Betreuung beantwortet.

### Newsletter

Ab April 2019 wird der BdB viermal jährlich einen Newsletter mit aktuellen Informationen aus dem Verband und zu Fragen der rechtlichen Betreuung versenden. Nach Abklärung umfangreicher technischer und gestalterischer Fragen in 2018 wurde der Anbieter CleverReach ausgewählt, der einen professionellen, effektiven und regelkonformen Versand mit dem Double-Opt-In-Verfahren gewährleisten kann. Das Konzept und Layout nach den Vorgaben der Geschäftsstelle entwickelte und programmierte die Agentur ah kommunikation. Der neue elektronische Newsletter des BdB wird im Wechsel mit der *bdbaspekte* erscheinen und soll die Verbindung zwischen der Verbandszeitschrift und der Website schaffen.

### Pressearbeit

Im Mittelpunkt der Medienarbeit stand die Unterstützung des politischen Kampfes um eine Vergütungserhöhung und die Information, was Betreuung bedeutet. Drei Faktoren bestimmten den Erfolg der Pressearbeit im Jahr 2018: die Kampagne „Baustelle Betreuung“, die persönliche Ansprache der Journalist/innen und aktive Landesgruppen, die immer häufiger eigene Presse-Kontakte pflegen. Die Aktivitäten der Landesgruppen führten zu einigen Veröffentlichungen. Ein Trend aus 2017 hat sich fortgesetzt: Der BdB wird als Experte für Betreuungsrecht wahrgenommen und daher immer häufiger für Fachinterviews und -beiträge angefragt.

Insgesamt ist das Interesse der Journalisten und Redaktionen an der Tätigkeit von Berufsbetreuer/innen, am Berufsbild, an den Rahmenbedingungen sowie an den Nöten des Berufsstandes merklich gestiegen.

2017 wurden 80 Veröffentlichungen erfasst, 2018 waren es 93 – ein Anstieg um rund 16 Prozent. Die Reichweite (verkaufte Auflage, Unique User, Hörer, Zuschauer) lag 2017 bei 230.161.000, 2018 waren es 334.871.027, was einer Steigerung um etwas mehr als 40 Prozent entspricht. Reichweitenstarke Onlineplattformen wie Sueddeutsche.de, Focus online oder die Internetausgaben regionaler Tageszeitungen sind die Haupttreiber für diese Zahlen.

Immer wieder wurden 2018 Berichte veröffentlicht, die Zahlen in den Mittelpunkt stellten und verdeutlichten, wie verzweifelt Landkreise und Kommunen nach Berufsbetreuer/innen suchen. Insbesondere Focus online war diesbezüglich Vorreiter. Anlass und Tenor der Berichterstattung haben sich verändert. Dominierten noch vor wenigen Jahren Berichte über kriminelle Berufsbetreuer/innen, so hat sich das Blatt inzwischen gewendet: Engagierte Berufsbetreuer/innen, der Nutzen ihrer Arbeit für die Klient/innen sowie die Rahmenbedingungen und Versäumnisse der Politik sind deutlicher in den Fokus gerückt.

Das zeigte sich bereits zu Beginn des Jahres. Ende Januar veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung in der Rubrik „Recht“ einen Beitrag von Viktoria Spinrad, der sich am Beispiel des Betreuungsvereins Ebersberg mit 25 Jahren Betreuungsrecht beschäftigte.

Im Februar erschien in der Mainpost aus Würzburg ein ganzseitiger Hintergrundbericht von Angelika Becker mit dem Titel „Wenn ein Mensch nicht mehr selbst entscheiden kann“ über das System Betreuung.

Im April erhielt die Chefredakteurin des WELT-Investigativteams Anette Dowideit umfangreiche Unterstützung für einen Hintergrundbericht über das Betreuungssystem in Deutschland. Die Autorin formulierte die These, dass der stark wachsende Markt von Berufsbetreuern, die „hilfsbedürftige Menschen bei Alltagsentscheidungen beraten“, besonders anfällig für Korruption sei.

Die in diesem Bericht abgedruckten Einlassungen von Thorsten Becker fand der Chefredakteur der Kreiszeitung aus Buchholz Oliver Sander so interessant, dass er ebenfalls um ein Interview mit dem BdB-Vorsitzenden bat. Der Bericht darüber erschien im Juni.

Im Mai war Christine Rücker Protagonistin eines fünfminütigen TV-Beitrags der SWR-Landesschau Rheinland-Pfalz. Über die Aktion zur Justizministerkonferenz auf der Wartburg berichteten das Thüringen-Journal des MDR-Fernsehens, die Thüringer Allgemeine und das Landesbüro der dpa.

Regelmäßig veröffentlicht die Redaktion des Finanztest ein Sonderheft zum Themenkomplex Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung. Für die Ausgabe 2019 gab Thorsten Becker ein Interview.

Im Juli erschien in der Süddeutschen Zeitung in der Rubrik „Karriere“ ein Porträt von Sabine Spinnarke über die bayerische Berufsbetreuerin Barbara Mattolat. Titel: „Berufsbetreuer: Schicksale im Schnelldurchlauf“.

Am 21. Juli erschien im Kreisanzeiger Wetterau ein Porträt über Eberhard Marten.

Seit September steht Bettina Melzer im Austausch mit der freien TV-Journalistin und Juristin Nicole Würth, die von der Redaktion der SWR-Sendung „betrifft“ beauftragt wurde, einen Beitrag über Betreuung zu realisieren, in dem erläutert werden soll, wie eine Betreuung zustande kommt, welche Aufgaben ein Betreuer für den Klienten wahrnimmt und welchen Nutzen die Betreuung für den Betroffenen hat. Die Dreharbeiten für die 45-minütige Reportage sollen Anfang 2019 erfolgen.

Mitte September gewährte der baden-württembergische Berufsbetreuer Roland Schmidinger aus Bad Waldsee der Schwäbischen Zeitung einen Einblick in seinen Berufsalltag.

Eine BdB-Pressemitteilung zur finanziellen Notlage der Betreuungsvereine war für Dirk Baas, Redakteur bei epd Sozial, im September ein Anlass, dem BdB das Angebot eines Gastbeitrags zu unterbreiten, das durch Thorsten Becker angenommen wurde..

Im Oktober war Andrea Schwin-Haumesser Gast in der einstündigen SWR-1-Gesprächssendung „Leute“. Das war Anlass für die Redaktion von „Menschen bei Maischberger“ (Ines Urban), sie für Anfang 2019 in diese Sendung einzuladen.

Das Politikmagazin des WDR „Westpol“ berichtete im November über die Protestaktion zur Justizministerkonferenz in Berlin.

### Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft

Auch 2018 wurden wissenschaftliche Arbeiten zur Betreuung seitens des BdB unterstützt und veröffentlicht. Hochschulabschlussarbeiten, die Aspekte rechtlicher Betreuung zum Inhalt haben, wurden im Bereich „Dokumentationen“ der BdB-Homepage veröffentlicht sowie Exzerpte und Hintergründe der Arbeiten und Autor/innen in der Verbandszeitschrift *bdbaspekte* vorgestellt.

Studienarbeiten von Mitgliedern wurden im Umfragen auf der BdB-Homepage veröffentlicht. Es wurde ein eigener Bereich für Abschlussarbeiten auf der BdB-Website geschaffen.

Datum	Geschäftsstelle	Landesgruppe	Headline	Lead
18.01.2018	Berlin	Berlin	Das Betreuungsrecht ist Teil eines modernen Rechtssystems	BdB legt Formulierungsvorschlag für Koalitionsvertrag vor
08.02.2018	Hamburg	Hamburg	Mehr Qualität, geregelter Zugang zum Beruf, angemessene Vergütung	Große Koalition will das Betreuungsrecht strukturell verbessern
22.02.2018	Augsburg	Bayern	Die Forderung nach angemessener Vergütung ist selbstverständlich	Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz (B90/Grüne) stellt sich hinter BdB-Forderungen
09.03.2018	Hamburg	Hamburg	Mehr Zeit für Klienten, angemessene Vergütung, Qualitätssicherung	BdB fordert von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) die sofortige Umsetzung des Koalitionsvertrages
02.05.2018	Berlin	Berlin	Baustelle Betreuung - Wir haben die Schaufel voll! (Einladung Jahrestagung)	BdB fordert neues Gesetzgebungsverfahren für bessere Arbeitsbedingungen
02.05.2018	Berlin	Berlin	Berufsbetreuer sind Helden des Selbstbestimmungsrechts!	Ex-Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer unterstützt Bundesverband der Berufsbetreuer/innen
09.05.2018	Hamburg	Hamburg	Selbstbestimmung, Wahrung der Menschenrechte, unterstützte Entscheidungsfindung	Delegiertenversammlung des BdB beschließt neue Leitlinien und Berufsethik
06.06.2018	Eisenach	Thüringen	„Baustelle Betreuung – Machen Sie den nächsten Spatenstich!“	Protestaktion des BdB bei Justizministerkonferenz auf der Wartburg bei Eisenach
13.06.2018	Hamburg	Hamburg	Justizminister wollen Vergütungserhöhung auf die lange Bank schieben	Bundesverband der Berufsbetreuer/innen wird Druck auf Politik erhöhen
25.06.2018	Zwickau	Sachsen	Natürlich muss Betreuung anständig finanziert werden!	FDP-Abgeordneter Dr. Jürgen Martens im Gespräch mit Vertretern des BdB
11.07.2018	Augsburg	Bayern	„Die Situation der BetreuerInnen ist so nicht akzeptabel!“	CSU-Abgeordneter Dr. Volker Ullrich will sich für die Vermittlung zwischen Bund und Ländern einsetzen
20.07.2018	Hamburg/ Essen		„BdB-Forderungen sind berechtigt und müssen umgesetzt werden“	MdB Dirk Heidenblut, SPD, fordert Erhöhung der Betreuervergütung
25.07.2018	München	Bayern	Im Gespräch: Bayerische Sozialministerin Kerstin Schreyer trifft Berufsbetreuer	BdB-Landesgruppe Bayern informiert über Notlage
02.08.2018	Berlin	Berlin	Betreuungsvereine können keine Tariflöhne mehr bezahlen	BdB-Vorstandsmitglied Hennes Göers im Gespräch mit Oppositionspolitikern
21.08.2018	Dresden	Sachsen	Die Vergütungserhöhung für Berufsbetreuer ist nicht vom Tisch	Bundesländer arbeiten an Konzept für bessere Rahmenbedingungen in der Betreuung
10.09.2018	Berlin	Berlin	„Die entscheidenden Schritte haben wir noch nicht geschafft“	Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU) fordert zeitnahe Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Betreuung
25.09.2018	Ranstadt	Hessen	Politiker in Hessen stellen sich hinter die Forderungen des BdB	Landesgruppe Hessen lud zum Tag der offenen Tür
28.09.2018	Anklam	Mecklenburg-Vorpommern	Berufsbetreuer/innen kämpfen für mehr Anerkennung	Betreuungsbüro in Anklam lud zum Tag der offenen Tür
04.10.2018	Kempten	Bayern	„Eine Anpassung der Vergütung für Betreuer ist notwendig“	Stv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion Stephan Thomae sieht Bundesländer in der Pflicht
04.10.2018		Hessen	Mehr Qualität in der Betreuung, mehr Zeit für Klienten, mehr Geld für Betreuer	SPD-Politiker im Hessischen Landtag unterstützen Forderungen des BdB
05.10.2018	Hannover	Niedersachsen	Förderung für Niedersachsens Betreuungsvereine soll verdoppelt werden	Justizministerin Barbara Havliza (CDU) will Erhöhung auf zwei Millionen Euro
15.11.2018	Berlin	Berlin	„Betreuung kann nicht jeder!“	Protestaktion der Berufsbetreuer/innen zur Justizministerkonferenz in Berlin

## ipb

Der BdB ist alleiniger Gesellschafter der Institut für Innovation und Praxistransfer in der Betreuung gGmbH (ipb). Das ipb ist Auftragnehmer und Kooperationspartner des BdB, außerdem Untermieter und Nutzer von Räumen der BdB-Geschäftsstelle und deren Infrastruktur. Dem Aufsichtsrat des ipb gehören Thorsten Becker, Rainer Sobota (ab 26.2.2018 für Iris Peymann), Siegmund Mücke, Franka Rump, Ina Kopal und Dr. Harald Freyer an. Am 26.2.2018 übernahm Iris Peymann zunächst auf Honorarbasis die Geschäftsführung des ipb.

Aus Sicht des BdB hat sich das ipb seitdem inhaltlich und wirtschaftlich positiv entwickelt. Die Zusammenarbeit wurde in einem neuen Rahmenvertrag und einer Aufgaben- und Finanzierungsvereinbarung geregelt. 2018 wurden folgende Aufträge an das ipb erteilt

- Neu- und Weiterentwicklung der Bildungsangebote: 12.000,- Euro,
- Qualitätsregister: Neufassung des Selbstbewertungsbogens, der QR-Geschäftsbedingungen und der Darstellung auf der QR-Homepage 12.000,- Euro,
- Durchführung der letzten 12 Testaudits
- Existenzgründerberatung

Der Seminarbetrieb des ipb wurde 2018 deutlich ausgeweitet. Der BdB gewährt seinen Mitgliedern und den im Qualitätsregister Registrierten für die Teilnahme an Seminaren des ipb einen kumulierbaren Rabatt in Höhe von 20 % bzw. 10 %.

Als Anfang des Jahres eine bilanzielle Überschuldung des ipb drohte, verhinderte dies der BdB mit drei aufeinander folgenden Patronatserklärungen und schließlich der Gewährung eines unbefristeten Darlehens mit Rangrücktritt über 50.000,- Euro. Dieses Darlehen wurde der allgemeinen Rücklage des BdB entnommen und wird in der Bilanz des BdB als Forderung und in der des ipb als Verbindlichkeit dargestellt.

Statt des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Jahresdefizits in Höhe von 44.900,- Euro betrug dieses lediglich 12.624,28 Euro, so dass eine Rückzahlung in Höhe von 32.275,72 Euro erfolgen wird.

## Entwicklung in Zahlen

### **Mitgliederentwicklung**

Im Jahre 2018 konnte der BdB 413 Eintritte verzeichnen. Bei 6.506 Mitgliedern zu Jahresbeginn hatte der BdB damit am 31.12.2018

6.919 Mitglieder. Da bis zum Jahresende 2018 354 Mitglieder aus dem Verband austraten und 84 zum 1.1.2019 eintraten, hatte der Verband am 1.1.2019 einen Mitgliederbestand von 6.649. In 2018 waren 10,4% unserer Mitglieder 65 Jahre oder älter. Die stärkste Altersgruppe liegt bei 55 bis 59 Jahren mit einem Anteil von 22,6 % gefolgt von den 50- bis 54-Jährigen mit 19,7 % und den 60- bis 64-Jährigen mit 18,6 %. Das Durchschnittsalter der neu eingetretenen Mitglieder in 2018 lag bei 47 Jahren. Häufigster Grund für den Austritt aus dem Verband war die „Berufsaufgabe aus Altersgründen“, gefolgt von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen.

Die zentrale Herausforderung des BdB ist es daher, eine nachhaltige Mitgliedergewinnung zu erzielen. Die Mitglieder sind die Legitimationsgrundlage für den Verband und die Mitgliedsbeiträge sind die finanzielle Grundlage des BdB.

### **Finanzen**

Grundlage der Finanzplanung war der vom Länderrat am 8./9. März 2018 nach Vorbereitung im Vorstand und in einer Sitzung der Finanzverantwortlichen beschlossene Wirtschaftsplan für das Jahr 2018. Der Wirtschaftsplan wird seit einigen Jahren nach einer Kostenstellen-systematik, die die Struktur des Verbandes abbildet, aufgestellt und dem Länderrat zur Entscheidung vorgelegt. Auf dieser Grundlage erhält der Vorstand regelmäßige Berichte über den Finanzstatus, ebenso der Länderrat auf seinen Sitzungen.

Die Geschäftsstelle hat Anfang 2019 den vorläufigen Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2018 erstellt. Dieser so erstellte Abschluss wurde dem Länderrat in seiner Sitzung vom 7./8.3.2019 vorgestellt mit dem Hinweis, dass eine abschließende Erstellung durch den Steuerberater des Verbandes noch aussteht und insbesondere nicht zahlungswirksame Aufwendungen, wie z.B. Abschreibungen, noch einberechnet werden müssen. Die Kassenprüfung fand am 20.3.2018 statt.

Der Steuerberater des Verbandes, Herr Dirk Nannen, hat den Jahresabschluss 2018 sowohl in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung als auch in der Kostenstellensystematik erstellt. Nachstehende Tabelle enthält die Darstellung der Kostenstellen. Dabei wurde ein Vergleich mit den Planzahlen des Wirtschaftsplans vorgenommen. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach handelsrechtlicher Systematik erstellt und wird hier nicht im Detail dargestellt,

da eine Überführbarkeit in das Ergebnis der Kostenstellenrechnung gegeben ist.

Die ursprüngliche Planung sah Einnahmen in Höhe von 1.846.000,- Euro vor, was einer eher vorsichtigen Einschätzung entsprach. Dieser Planansatz wurde mit tatsächlichen Einnahmen von 1.843.819,69 Euro fast exakt erreicht. Auf der Ausgabenseite konnte der Planansatz von 1.835.747,- Euro mit tatsächlichen 1.642.726,23 Euro deutlich unterschritten werden.

Neben einer sparsamen Mittelbewirtschaftung ist dies vor allem auf Minderausgaben in der Geschäftsstelle und für die Jahrestagung sowie eine Nichtinanspruchnahme der den Landesgruppen zur Verfügung gestellten Mittel zurückzuführen. Eingerechnet ist auch eine Teilrückzahlung des Defizitausgleichs durch das ipb in Höhe von 32.275,72 Euro. Erfreulich ist weiterhin die Entwicklung des Qualitätsregisters, bei dem aufgrund deutlich gestiegener Registrierungszahlen auch der Einnahmeüberschuss höher ausfiel als geplant. Das Qualitätsregister trägt sich seit einiger Zeit aus den Einnahmen selbst.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kostenstellenrechnung mit einem Jahresüberschuss von 201.093,46 Euro abschließt und der Geldrücklage 139.541,49 Euro zugeführt werden konnten, die damit einen Bestand von 933.628,90 Euro erreicht hat. Mit dem Wirtschaftsplan 2018 wurde eine Sonderrücklage in Höhe von 110.000,- Euro eingerichtet, die ausschließlich für Zwecke der Landesgruppen in Anspruch genommen werden darf. Der Vorstand entscheidet auf Antrag einer Landesgruppe über die Entnahmen. 2018 erfolgten zwei Entnahmen: über 5.000,- Euro für die Landesgruppe Bayern für die Teilnahme an der Consozial und über 3.200,- Euro für die Landesgruppe Hessen für den Betreuungskongress im März 2019 in Frankfurt. Die Sonderrücklage kann wieder aus dem Jahresergebnis aufgefüllt werden.

Der Unterschied zwischen dem Ergebnis der Kostenstellenrechnung und der Zuführung zur Geldrücklage und zur Sonderrücklage ergibt sich aus der Berücksichtigung von nicht in den Kostenstellen erfassten Aufwendungen wie Abschreibungen und Rückstellungen,

Anschaffungskosten, die keinen Aufwand im Sinne der GuV darstellen sowie zum Stichtag am Jahresende nicht beglichener Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Das Anlagevermögen des Verbandes beläuft sich auf 40.914,40 Euro.

# Kostenstellenrechnung

Einnahmen	Plan €	Ist €
Mitgliedsbeiträge	1.689.600,00	1.684.632,00
Jahrestagung	58.600,00	52.647,00
Jahrestagung Werbung	2.000,00	2.515,00
Werbung	15.000,00	22.489,00
Lizenzen Kooperationspartner	50.400,00	52.437,00
Zeitschriftenverkauf, Bücher, Flyer	0,00	394,12
Raumvermietung	26.900,00	22.410,74
Sonstige Einnahmen / Spenden	0,00	568,87
Sonstige Einnahmen (19%) (u.a.ipb-Nutzungsvertrag)	3.500,00	5.353,51
Inkasso Einnahmen	0,00	302,90
Zinserlöse	0,00	69,55
<b>Summe</b>	<b>1.846.000,00</b>	<b>1.843.819,69</b>

Die Aufwendungen nach der Kostenstellenrechnung verteilen sich wie folgt:

Verbandsorgane	Plan €	Ist €
Länderrat	33.000,00	31.027,61
Aufwandsentschädigungen des Vorstands	98.700,00	98.616,00
Vorstand intern	27.000,00	34.148,13
Vorstand Lobbyarbeit	8.000,00	13.334,74
Vorstand Sonstige Ausgaben	2.500,00	1.940,00
	<b>169.200,00</b>	<b>179.066,48</b>

Verband / Geschäftsstelle	Plan €	Ist €
Geschäftsstelle	755.300,00	720.569,09
Verband	71.000,00	60.582,57
Bezuschussung BdB-Teilnehmer bei ipb-Veranstaltungen	41.500,00	66.714,50
Politische Projekte	26.000,00	2.637,97
Politische Aktionen	15.000,00	29.856,61
Organisationsentwicklung	7.000,00	8.302,74
Aktivenschulungen	13.200,00	9.172,33
Öffentlichkeitsarbeit	84.500,00	67.314,67
Beratungssystem	43.400,00	40.769,91
Beschwerdestelle	10.000,00	6.787,92
aspekte	168.000,00	161.163,74
BdB-Jahrbuch	31.500,00	25.837,84
	<b>1.266.400,00</b>	<b>1.199.709,89</b>

Verbandsgremien	Plan €	Ist €
Schiedskommission	2.000,00	684,60
BAGs	16.500,00	13.758,67
Beirat Qualitätssicherung	10.000,00	9.306,72
AG Datenschutz	0,00	1.386,18
AG PEB	0,00	486,50
	<b>28.500,00</b>	<b>25.622,67</b>

Landesgruppen <sup>1</sup>	Plan €	Ist €
LG Baden-Württemberg	8.052,00	5.447,25
LG Bayern	8.952,00	6.333,40
LG Berlin	6.272,00	693,18
LG Brandenburg	5.712,00	-395,66
LG Bremen	4.892,00	1.394,41
LG Hamburg	6.022,00	4.111,44
LG Hessen	7.052,00	9.517,65
LG Mecklenburg-Vorpommern	5.552,00	3.458,55
LG Niedersachsen	7.992,00	4.675,33
LG Nordrhein-Westfalen	12.192,00	5.126,41
LG Rheinland-Pfalz	5.922,00	2.835,71
LG Saarland	4.962,00	2.479,97
LG Sachsen	6.302,00	1.583,73
LG Sachsen-Anhalt	5.852,00	2.583,09
LG Schleswig-Holstein	6.212,00	3.421,78
LG Thüringen	5.562,00	4.102,73
	<b>107.502,00</b>	<b>57.368,97</b>

ipb	Plan €	Ist €
ipb-Qualitätsentw. für BdB e.V.	35.100,00	23.754,00
ipb-Defizitabdeckung	50.000,00	44.900,00
ipb-Existenzgrunderb. für BdB e.V.	0,00	4.919,46
ipb-QR-Auditierungen	6.000,00	5.885,00
Teilrückzahlung Ertragszuschuss	0,00	-32.275,72
	<b>91.100,00</b>	<b>47.182,74</b>

Tagungen / Konferenzen	Plan €	Ist €
Jahrestagung	171.300,00	137.913,63
Fachkonferenzen	5.000,00	0,00
	<b>176.300,00</b>	<b>137.913,63</b>

Qualitätsregister <sup>1</sup>	Plan €	Ist €
Qualitätsregister	-3.255,00	-4.138,15
	<b>-3.255,00</b>	<b>-4.138,15</b>

<sup>1</sup> Es handelt sich bei dem Ausweis um saldierte Werte, unmittelbar den Kostenstellen zuzuordnende Einnahmen wurden mit erfasst.

Zusammenfassung Ausgaben	Plan €	Ist €
Verbandsorgane	169.200,00	179.066,48
Verbandsgruppen	28.500,00	25.622,67
Verband / Geschäftsstelle	1.224.900,00	1.199.709,89
Landesgruppen	107.502,00	57.368,97
ipb	132.600,00	47.182,74
Tagungen / Konferenzen	176.300,00	137.913,63
Qualitätsregister	-3.255,00	-4.138,15
	<b>1.835.747,00</b>	<b>1.642.726,23</b>

	€
Einnahmen (ohne direkt zugeordnete Einnahmen)	1.843.819,69
Ausgaben	1.642.726,23
<b>Jahresüberschuss lt. Kostenstellenrechnung</b>	<b>201.093,46</b>

Übersicht über die Veränderung des Geldvermögens	2018 Euro
<b>Stand am 01.01.</b>	
Sparanlage für Firmen Haspa	576.086,98
Sparbuch Mietkaution 1	28.163,79
Girokonto Hamburg	189.542,73
Unterwegs befindliche Gelder	206,54
Kassenbestand	87,37
	<b>794.087,41</b>
<b>Stand am 31.12.</b>	
Sparanlage für Firmen Haspa	900.087,26
Sparbuch Mietkaution 1	28.163,79
Girokonto Hamburg	5.035,82
Kassenbestand	342,03
	<b>933.628,90</b>
<b>Veränderung des Geldvermögens</b>	<b>139.541,49</b>